

Metallarbeiter-Zeitung

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN METALLARBEITER-VERBANDES

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummern 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkassa des D. M. V., Berlin Nr. 138 262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,
Berlin Nr. 121 218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Wer Ohren hat zu hören...

F. K. Es ist ohne Unterlaß behauptet worden, Deutschland sei das demokratischste Land der ganzen Welt. Das mag vielleicht auf dem deutschen Verfassungspapier stimmen, aber keineswegs in der Wirklichkeit, auf die es ja letztens ankam. Von einer wirklichen Demokratie sind wir in Deutschland noch weit entfernt, heute noch mehr als gestern. Wäre es anders, die Regierung des Herrn Brüning hätte uns nie heimsuchen können, jedenfalls hätte sie am Tage nach der Reichstagswahl verschwinden müssen. Denn sie war ja bei der Wahl unterlegen und hätte infolgedessen sofort abdanken müssen. Allein, was in keinem demokratischen Lande auch nur denkbar ist, geschah in dem „demokratischsten Lande der Welt“, in Deutschland: die Regierung blieb, als ob es gegen sie keinen Volksentscheid an der Urne gegeben hätte. Nicht bloß das. Kaum eine der Parteien, die sich demokratisch nennen, findet gegen das Kleben der Regierung sonderlich etwas einzuwenden, ja sie sind, wie es scheint, heilfroh, daß die Regierung bleibt, die nämliche Regierung, die im Wahlkampfe, und das mit allem Rechte, des Verfassungsbruchs geziehen wurde.

An diesem Stande der Dinge ist zu ermesen, wie unendlich weit wir von der Demokratie entfernt sind, und aus der Haltung der Parteien läßt sich leicht folgern, was uns noch in Sachen der Mißachtung der einfachsten demokratischen Grundsätze alles blühen kann. Den Vorgesmack haben wir schon bekommen. Die Regierung hat gleich nach der Wahl erklären lassen, wie bisher in ihrem Tun fortzufahren. Was das bedeutet, ist mit der Hand zu greifen. Es bedeutet nichts weniger, als das Pfeifen auf den Volkswillen und die Ausschaltung der Volksvertretung, als die Ebnung des Weges für die Diktatur. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt und immer wieder gesagt werden.

Wie die ihm Wahlkampfe unterlegene Regierung ihre Arbeit fortzusetzen gedenkt, offenbart ihr sogenanntes Programm der Rettung zur Genüge. Auch wenn man seinen Inhalt nicht kennen würde, es würde einem klar gemacht durch seine Besprechung in der kapitalistischen Presse. Sie frohlockt förmlich darüber und preist es als einen vielversprechenden Anfang. Daß die kapitalistische Presse auch allen Grund zum Frohlocken hat, wird man inne, wenn man die wesentlichsten Sätze des Programms liest. Obenan steht die Kürzung der Pensionen und der Gehälter der Beamten um 6 vH bis zu den Gehaltsgruppen von 1500 M im Jahr. Außer diesen Kürzungen verlangt die Regierung Beschränkung des Reichsbeitrages zur Krisenfürsorge auf 420 Millionen M im Jahr, Fortfall des Reichsbeitrages für die Arbeitslosenversicherung, stärkere Belastung des Tabaks um 167 Millionen M, Aufrechterhaltung der Ledigensteuer und des Zuschlages zur Einkommenssteuer um 5 vH, Herabsetzung der Mittel für den Kleinwohnungsbau aus der Hauszinssteuer von 800 auf 400 Millionen M, und schließlich soll der Mieterschutz merklich gelockert werden.

Nachdem die Regierung auf diese Weise die unteren Schichten bedacht hat, wendet sie sich den besitzenden Schichten zu. Diese bedenkt sie mit einer — Senkung der Gewerbesteuer um 20 vH und der Grundsteuer um 10 vH. Dies kommt einem Bargeschenk an die Besitzenden von etwa 400 Millionen gleich, von den anderen Vorteilen für diese Schicht gar nicht zu reden. Wie man sieht, bemüht sich die Regierung des Herrn Brüning aufs neue und äußerst eifrig, zu beweisen, daß sie tatsächlich die reaktionärste Regierung seit der Revolution ist.

Wie sehr auch das Programm an sich die Arbeiterschaft belastet, noch schlimmer werden seine Auswirkungen für sie sein. Zum Beispiel die Gehaltskürzung. Zwar sind auch die Arbeiter dafür, daß das Sparen bei den Pensionen und Gehältern der Beamten einsetzt, aber sie meinen nicht, daß damit bis zu den Gehaltsklassen von 1500 M herabgegangen wird. Doch die Regierung huldigt dem Grundsatz, daß es die Masse bringen muß. Sie geht daher mit dem Abzug bis zu den armen Teufeln herab, die ihr Dasein einen ganzen Monat mit 120 oder 150 M fristen müssen. Diese Gehaltskürzung wird, das kann als ganz sicher gelten, die Unternehmer anreizen, noch nachdrücklicher in der Lohnquetscherei fortzufahren. Das ist es wohl auch, was die Regierung mit beabsichtigt. Die Verminderung der Zuschüsse für die Krisenfürsorge, der Arbeitslosenversicherung und des Kleinwohnungsbau kann man getrost als den Beginn der Beseitigung dieser Einrichtungen ansehen. Beim Mieterschutz desgleichen. Und damit glaubt man, dem erstarrten Wirtschaftsleben neuen Odem einhauchen und die verzweifelte Stimmung der Massen dämpfen zu können! Das strikte Gegenteil ist wahrscheinlich bis zur Gewißheit: das Massenelend wird verschlimmert, verewigt und den politischen Abenteurern noch viel stärkerer Zuzug verbürgt. Denn es ist klar, daß die vielen Beamten, denen das Gehalt gekürzt wird, und die unzähligen Erwerbslosen, denen die Brotkrumen noch mehr beschneitten oder ganz weggenommen werden, mit dem des Wohnungsschutzes beraubten Mieter sich von den Leuten oder Parteien abwenden, die ihnen das neue Unheil beschert haben und sich dort hinwenden, wo sie glauben, Abhilfe zu finden. Wohin sie sich wenden, wird derjenige wissen, der den letzten Wahltag erlebt hat. Den Geschlagenen des 14. September stehen neue Mißerfolge, größere Niederlagen bestimmt bevor, wenn sie nicht mit aller Kraft und Ehrlichkeit die Regierung

des Verfassungsbruchs und ihre Politik bekämpfen. Wer sich im Kielwasser dieser Regierung hält, wird alles zu schlucken haben, was sie von sich gibt, und die schwersten von den Schlägen bekommen, die dieser Regierung zugebracht sind. Deren Schicksal kann nicht zweifelhaft sein. Sie wird, ihrer Natur folgend, trachten, der Sozialreaktion und dem Ausbeutertum immer mehr zu besorgen, um sich am Ruder zu halten. Je mehr sie das tut, desto ärger wird das Elend der untern Schichten und ihre Verzweiflung. Über kurz oder lang wird die Regierung auf dem Parlamentsboden geschlagen oder von außen weggefegt werden. Im ersten Falle wird sie, das Günstigste angenommen, Neuwahlen ausschreiben. Wie diese für die unverschämten Regierungsparteien und deren verschämten Helfer ausfallen werden, läßt sich ohne Prophetengabe voraussagen. Im anderen Falle werden sich die Parteien am chesten gegen alle Möglichkeiten Geltung zu verschaffen vermögen, deren Front nicht durch die Verantwortung für eine nicht zu verantwortende Regierungspolitik stimmungsmäßig und zahlenmäßig geschwächt ist. Eine Partei, die länger leben und schaffen will, darf sich nicht ins Kielwasser der reaktionärsten Regierung begeben, sondern sie muß alles daran-

setzen, ihre Anhängerschaft beisammenzuhalten und zu mehren und ihre Kampf Stimmung nicht sinken zu lassen, damit sie einmütig zur Stelle ist, wenn Gefahren rufen, und sie alle ihre Kräfte einsetzt, um die Gefahren abzuwehren und um Besseres zu erringen.

Diese einfache Wahrheit gilt insonderheit für eine Partei, deren Kraft mehr auf freiem Kampffelde als auf dem Palamentsboden liegt. Es hieße sich vollendeter Eichtslosigkeit zeihen, wollte man annehmen, die großen Nöte der Gegenwart, insonderheit die Arbeitslosigkeit und die Gefährdung der Demokratie, ließen sich durch parlamentarischen Handel lösen. Hierfür wird es des außerparlamentarischen Kräfteinsatzes in hohem Maße bedürfen. Dies um so mehr, wenn Neigungen für den Paragrafen 48 und die Diktaturgelüste steigen. Da dies ohne Zweifel der Fall ist, heißt es Kunst und Klugheit mehr der Erhaltung der Kräfte auf dem freien Kampffelde zuwenden und es nicht unbrauchbar zu machen durch feingesponnene „staatsmännische Erwägungen“, auf die der Arbeiter keinen Pflöckerling gibt, sondern der Taten, helfende Taten für die notleidende Masse lauter denn je verlangt.

Wer Ohren hat, zu hören, der höre!

Reparationen und Wirtschaftsnot

„Einer der größten Irrtümer der kapitalistischen Wirtschaftspolitik“

Die vielen hundert Millionen Mark, die Deutschland Jahr für Jahr in Gestalt von Gütern, Gold und Devisen an die Siegermächte abzuliefern hat, stellen einen gewaltigen Aderlaß am Körper der deutschen Wirtschaft dar. Was Deutschland an Reparationen fortgeben muß, muß es aus seiner Wirtschaft, richtiger seinen Erzeugern, in der Hauptsache von den Arbeitern, fortnehmen. Die Reparationssummen werden letztens aus der Lohntüte oder vom Brottsch des deutschen Arbeiters genommen, sintemalen es ja den besitzenden Klassen gelungen ist, den Löwenanteil der Kriegsschuldenlast auf die unteren Schichten abzuwälzen. Um den Betrag dieser millionenfältigen Summen wird weniger verbraucht und gekauft, wird weniger bestellt und erzeugt, können weniger Arbeiter beschäftigt werden. Es trägt daher die Reparationszahlung erheblich zur deutschen Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftsnot bei. Sie schädigt also Deutschland, den Schuldner.

Aber sie schädigt auch die Siegermächte, die Gläubiger. Denn diese brauchen weder das als Reparationen kommende Geld, noch die Waren, da sie ja selbst unter ihren Warenvorräten ersticken und Geld in Fülle haben, das nach Anlage schreit. Somit werden durch die Reparationen beide Seiten, der Schuldner wie der Gläubiger, geschädigt. Die Reparationen sind ein handgreiflicher wirtschaftlicher Unsinn geworden.

Die deutsche Wirtschaft, richtiger, als ihr wichtigster Teil die Arbeiterschaft, leidet am ärgsten unter diesem Unsinn. Immer mehr Menschen werden arbeitslos, immer unsicherer wird das Schicksal der noch schaffenden Menschen, immer verzweifelter die Stimmung in fast allen Schichten. Zweifelsohne ist, und das sei mit allem Nachdruck betont, die kapitalistische Wirtschaft an dem großen Übel schuld, aber es wird verschlimmert, seine Milderung erschwert durch den ständigen Aderlaß zugunsten der Siegermächte. Es ist daher an der Zeit, sich mit den Reparationen eingehender zu befassen, und zu trachten, diese Krisenursache zu mildern.

Von diesen Erwägungen wird auch die Bergbau-Industrie, das Blatt des Bergarbeiter-Verbandes, geleitet. In ihrer Nr. 41 schreibt P. Z. unter anderem: Wir haben gesagt,

„daß für die Wirtschaftsvernunft nur zwei Gesichtspunkte

hätten maßgebend sein können für eine gerechte Regelung (der Reparationen): einmal die Frage, ob der Empfänger der Reparationen sie tatsächlich benötigt, und zum andern, ob uns Deutschen die Zahlung nicht übermäßig belastet und unsern wirtschaftlichen Bestand überhaupt bedroht.

Wirtschaftlich und vernünftig gesehen, müßte dann, wenn das letztere feststellbar ist, die Aufrechterhaltung der Zahlungspflicht sinnlos und alle Teile schädigend erscheinen, selbst wenn der Empfänger noch Verwertung für die empfangenden Summen hätte. An wirtschaftlichen Sadismus aber grenzt es, wenn zufällig beide Möglichkeiten akut sind, das heißt, wenn die Reparationszahlung den Schuldner zu erdrücken droht und sie nicht nachgelassen wird, obwohl die Empfänger gar kein Bedürfnis und keine Verwendung für die Reparationen haben. In einer solchen Situation aber befinden wir uns gegenwärtig.“

Nachdem P. Z. vom wirtschaftlichen Standpunkt aus die heutigen Nachteile wie die kommenden Gefahren, die aus den Reparationszahlungen quellen, dargelegt hat, kommt er zu dem Schluß:

Heute bedeuten die Reparationen keine Wiedergutmachung, sondern sie wirken ungeheuer schädigend, nicht nur für Deutschland, sondern, wie wir zeigten, gerade auch für die Empfangsländer. Damit sind die Reparationen zu einem Widersinn geworden.

Das mindeste müßte deshalb sein, daß die Reparationen eine zeitliche Einstellung erfahren, ohne den Zwang einer absoluten Nachzahlung. Es könnte höchstens eine relative Nachzahlung bestehen bleiben.

Wir sind überzeugt, daß schon heute eine solche Regelung, aus der vorerst niemandem Schaden, aber allen großer Nutzen erwachsen würde, die Erkenntnis reifen müßte, daß die Reparationsregelung von heute einmal als einer der größten Irrtümer der kapitalistischen Wirtschaftspolitik in die Geschichte eingeht.

Soweit P. Z. in dem Blatte der Bergarbeiter. Es freut uns, daß er auf eine der großen Ursachen der internationalen, besonders der deutschen Wirtschaftsnot hinweist. Er spricht das beherzt aus, was in gewerkschaftlichen Kreisen, und keineswegs nur in deutschen, längst gefühlt und besprochen wurde. Es wird Zeit, sich mit diesem wirtschaftlichen Widersinn, den die Reparationszahlungen zweifelsohne darstellen, eingehend zu beschäftigen und nachdrücklich auf seine Beseitigung, jedenfalls auf seine Schwächung, zu drängen. Das ist nicht nur für die deutschen Arbeiter, sondern auch für die jenseits der Grenze von höchstem Belang. Denn sie leiden ja gleichfalls durch diesen wirtschaftlichen Widersinn. fk.

Über Arbeitsbeschaffung

„Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“

Der Wortlaut dieses Artikels 163 der Reichsverfassung zeigt deutlich, daß die Herren, die ihn schufen, der Meinung waren, im großen und ganzen werde es stets möglich sein, so ziemlich für alle eine angemessene Arbeitsgelegenheit zu finden; übrigbleiben werde nur ein kleiner Rest, für den man dann sorgen könne. Die Herren hatten, wie es scheint, keine Ahnung von den wirklichen Gesetzen der Wirtschaft, das heißt von den Lebensnotwendigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft.

Nun, es ist anders gekommen, als die Herren offenbar dachten. Wie manniglich bekannt, wird heutzutage bei weitem nicht für den „notwendigen Unterhalt“ der Arbeitslosen gesorgt. Wie wir erst kürzlich hier ausführten, bekommt ein Zehntel von ihnen gar nichts und der Rest bekommt ein kärgliches Almosen. Und trotzdem erreichen die Summen, die hierfür aufgewendet werden, eine riesige Höhe. Für das Jahr 1930 ist berechnet worden: 685 Millionen RM vom Reich, ungefähr 500 Millionen RM von den Gemeinden und ungefähr 1300 Mil-

lionen RM Versicherungsbeiträge (zum alten Satz von 4 1/2 vH). Das macht zusammen fast 2500 Millionen RM in einem Jahr und ist nur berechnet auf 1600000 Hauptunterstützungsempfänger und 200000 Krisenunterstützte. Die Zahl der Arbeitslosen ist aber bereits darüber hinaus

Aus dem Inhalt

	Seite
Wer Ohren hat zu hören ...	Reparationen und Wirtschaftsnot — Ober Wirtschaftsnot
Das „Programm der Rettung“ — Krupp, Siemens und Genossen — Technische Trümper und Massenelend	329
Der Rangier-Funk — Brau färben auf Messing und Kupfer — Ein Leichtmetall der Zukunft	330
Die Drangsal beendet — Bei thüringischer Glasbläsern	331
Zur geplanten Verwaltungsreform — Das Recht auf die Invalidenkarte — Anrechnung von Krisenunterstützung auf Arbeitslosenunterstützung — Wie hoch ist das Krankengeld des ausgesteuerten Arbeitslosen?	332
Stehkragen und Arbeitsbluse — Vorstandssitzung des IGB — Sprachchecke — Vom Vorstand	333
Der christliche Arbeiter kommt — Der große Irrtum des Reichsarbeitsministers — Aus Sowjetrußland	334
Mehr Frauen zur Fabrikarbeit — Arbeitslosenversicherung in Italien — Schriftenschau — Anzeigen	335

gewachsen, sodaß die wirklich aufgewendeten Summen noch größer werden. Ferner ist zu bedenken, daß für die Volkswirtschaft noch andere, sehr viel größere Verluste daraus erwachsen. Wenn die Arbeitslosen insgesamt etwa 2 1/2 Milliarden Unterstützung bekommen, so darf man getrost annehmen, daß sie im Fall ihrer Beschäftigung mindestens 5 Milliarden Lohn bekommen und dafür Werte in Höhe von 12 bis 15 Milliarden geschaffen hätten. So groß also müssen wir den Verlust veranschlagen, den die Volkswirtschaft durch die Arbeitslosigkeit erleidet.

Offenbar kann dieser Zustand nur mit dem Ausdruck „höherer Blödsinn“ gekennzeichnet werden, und es ist erklärlich, daß sich immer wieder der Gedanke aufdrängt, diesem Zustand durch Arbeitsbeschaffung ein Ende zu machen. Zum mindesten sollte man meinen, daß die 2 1/2 Milliarden RM, die jetzt für Arbeitslosenunterstützung aufgewendet werden, besser dazu dienen sollten, neue Produktion zu finanzieren. So sagt es wenigstens der gesunde Menschenverstand, nur leider hat der Kapitalismus mit dem gesunden Menschenverstand nichts, aber auch gar nichts zu tun. Eins zeigt sich ja sofort, wenn man nur ein wenig weiter denkt. Die 2 1/2 Milliarden RM als Unterstützung reichen, wenn auch noch so kümmerlich, für annähernd 2 Millionen Arbeitslose. Verwendet man sie statt dessen als Kapitalanlage, so müssen zu nächst Maschinen, Rohstoffe usw. gekauft werden, und nur der Rest bleibt als Arbeitslohn übrig. Selbst unter Berücksichtigung der Beträge, die auf solche Weise in der Maschinen- und Rohstoffproduktion zu Arbeitslohn werden, dürften dabei höchstens 4 bis 500 000 Arbeiter ihren Unterhalt finden, so daß immer noch rund 1 500 000 Arbeitslose übrig blieben und unterstützt werden müßten. Schon diese kurze Überlegung zeigt die trostlose, geradezu aussichtslose Lage, in die uns der Kapitalismus hineingewirtschaftet hat.

Man muß sich eben durchaus darüber klar werden, daß

der Kapitalismus als solcher die Arbeitslosigkeit hervorbringt und im gegenwärtigen Stande seiner Entwicklung sie notwendig immer weiter vergrößert. Daß sie keine vorübergehende Erscheinung ist, dürfte heute nur wohl ein jeder einsehen. Sie ist hervorgerufen durch den technischen Fortschritt selbst, allerdings nur deshalb, weil der technische Fortschritt unter der Herrschaft des Kapitalismus vor sich geht, das heißt zum Privatvorteil der Kapitalisten. Jeden Tag werden neue Rationalisierungsmethoden erfunden und angewandt, deren Zweck es ja gerade ist, Arbeit zu sparen, also Arbeitskräfte überflüssig zu machen. Das müßte ein Segen für die Menschheit sein. Man erzielt größeren Reichtum mit geringeren Kosten und bekommt noch überdies Arbeitskräfte frei, die man zu anderen Aufgaben, zu neuem Fortschritt verwenden könnte. Warum geschieht das nicht? Nun, weil die Erfolge des Fortschritts lediglich die Privatkapitalisten bereichern, aber nicht der Gesamtheit zufließen, und die Arbeitslosen einfach ihr Brot verlieren. Obgleich diese Erkenntnis im Grunde nicht so sehr schwer ist und von den Marxisten seit mindestens 60 Jahren verkündet wird, so bricht sie sich nur sehr schwer Bahn. So haben zum Beispiel die Nationalsozialisten, die im Reichstag eine Rolle spielen werden, in ihrem Programm den Satz: Der Arbeiter leide am Zusammenbruch eines Unternehmens ebenso wie der Unternehmer, weil er dabei brotlos wird. Sie haben also noch nicht gemerkt, daß die Arbeiter in immer größeren Massen auch dann brotlos werden, wenn die Unternehmen nicht zusammenbrechen, sondern gut gehen, und daß dies gerade das kennzeichnende Merkmal der gegenwärtigen Zeit ist.

Gewiß also ist Arbeitsbeschaffung notwendig. Aber die Arbeitslosigkeit der Welt schaffen kann sie erst dann, wenn vorher der Kapitalismus beseitigt ist, so daß der technische Fortschritt allen zugute kommt, und nicht nur einigen Privatbesitzern. Ibykus.

im Verlauf dieses Jahres in Verfall zu geraten. Jedes Land versuchte auf eigene Weise die Produktion zu vermindern. Immer weniger gelang es dem Kartell, regelnd einzugreifen. In Verfall kamen die Strafbestimmungen aufgehoben. Damit war praktisch das Ende der IRG nahegerückt. Der Versuch, durch Verkaufsverbände für bestimmte Produkte Preis und Absatz zu regeln, ist im großen und ganzen fehlgeschlagen. Internationale Spezialkartelle bestehen nur noch für Schienen, Walzdraht und Röhren. Die bereits zustande gekommenen Verkaufskontore für Halbzeug, Bleche, Stab- und Bandisen wurden wiederum außer Kraft gesetzt.

Die Beschlüsse von Lüttich gehen nun dahin, die Strafbestimmungen wieder einzuführen. Der Kartellvertrag wurde bis Schluß des Jahres 1930 verlängert. Treten die Strafbestimmungen wieder in Kraft, dann wird Frankreich diesmal der zahlende und Deutschland der gewinnende Teil sein. Der deutsche Anteil im Statut der IRG beträgt 43,18 vH, während die Produktion im Juli 1930 auf 38,3 vH herabgegangen ist. Der französische Anteil beträgt 31,18 vH und die Produktion 36,3 vH. Demnach müßte Deutschland jetzt Zahlungen der Ausgleichskasse bekommen.

Ob der Bestand der IRG für alle Zeiten gesichert ist, steht noch nicht fest. Es ist aber sehr wohl möglich, daß die europäische Eisenindustrie zusammenbleibt, angesichts der Trust- und Kartellbildungen in den Vereinigten Staaten. Deren beiden großen Produktionskartelle, die United States Steel Corporation und die Bethlehem Steel Company, haben ein besonderes Verkaufskartell zum Kampf auf den Weltmärkten die Export-Association of America, errichtet. Dieser geballten Macht gegenüber ist die europäische Industrie nur gewappnet, wenn sie zusammensteht. Deshalb glauben wir, daß die IRG trotz der krisenhaften Erscheinungen bestehen bleiben wird.

Krupp, Siemens und Genossen haben die niedrigsten Preise und zahlen die besten Löhne ...

Wo wurde nur dieser blühende Unsinn abgedruckt? — die Behauptung nämlich, derzufolge „die großen Schöpfer unserer Schwerindustrie, Krupp, Kirdorff, Thyssen, Abbe, Mannesmann, Siemens, um nur wahllos einige zu nennen“, die niedrigsten Preise haben und die besten Löhne zahlen? Etwa in einer Werkszeitung der hier genannten Konzerne? Weit gefehlt! Diese Darstellung entnehmen wir dem nationalsozialistischen Programm, das von Gottfried Feder, M. d. R., verfaßt, erst kürzlich neu herausgegeben wurde. Wir zitieren aus diesem 1930 erschienenen Programm den Punkt, der vom „wahren Unternehmer, der sich seiner hohen Aufgabe der Wirtschaftsführung bewußt ist“, handelt: „Ein solcher muß schon — so heißt es in der Programmklärung — eine sittliche Persönlichkeit sein, wenigstens im volkswirtschaftlichen Sinn. Seine Aufgabe ist zunächst, die wirklichen Bedürfnisse des Volkes zu erkennen — oft leistet er als Erfinder selbst diese Pionierarbeit — dann muß er die besten und billigsten Herstellungsverfahren erfinden, muß mit den Preisen an die unterste Grenze gehen, um seine Erzeugnisse einzuführen, muß tadellose Arbeit liefern, für dauernden Nachschub sorgen, muß seine Arbeiter gut entlohnen, um auch in ihnen kaufkräftige Abnehmer der volkswirtschaftlichen Erzeugnisse zu haben, muß stets bedacht sein auf Neuerungen und Verbesserungen im Betrieb und Vertrieb. Macht er dies zum Leitsatz seines Handelns, dient er also im besten und höchsten Sinne der Bedarfsdeckung, so kommt der Gewinn ganz von selbst, ohne daß er diesen als höchstes Ziel anstreben müßte. Das hervorragendste und weltbekannteste Beispiel dieser Unternehmer ist Henry Ford. Nicht minder hoch sind in dieser Hinsicht die wirklich großen Schöpfer unserer Schwerindustrie einzuschätzen, die Krupp, Kirdorff, Thyssen, Abbe, Mannesmann, Siemens, um nur wahllos einige zu nennen.“

Dies eine kleine Kostprobe aus dem Programm. Wir können unseren Lesern versichern: die übrigen Teile sind nicht besser.

Technische Triumphe und Massenelend

Es vergeht keine Woche, wo nicht irgend ein Produktionsproblem durch die Technik gelöst wird. Kein Zeitalter der Vergangenheit läßt sich in dieser Beziehung mit dem jetzigen vergleichen. Wenn man sich aber fragt, wem diese technischen Errungenschaften genutzt haben, so muß man leider eine betrübende Feststellung machen: die Technik hat der breiten Masse der Bevölkerung sehr wenig genutzt. Ja, man kann sogar behaupten, daß die furchtbaren Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise auf die schnelle Technisierung des Arbeitsprozesses zurückzuführen sind. Die Technik hat Wunderwerke errichtet, währenddessen die arbeitende Menschheit in den meisten Ländern Europas Hunger leidet. Im Magazin der Wirtschaft (Nr. 40) beschäftigt sich Georg Bernhard mit dieser Frage, wobei er zu folgenden Feststellungen kommt:

„In unserer Zeit gibt es nicht nur viel Elend, sondern mehr noch ungeheuer viel künstlich gebäuften Zündstoff durch die Verbreiterung der Kluft zwischen arm und reich, durch den absoluten Mangel auf der einen und den ungeheuren Luxus auf der anderen Seite, verschlimmert noch durch die Tatsache, daß die Nutznießer des Luxus ihn öffentlich zur Schau stellen und dadurch breite Massen diesen Gegensatz fühlen lassen... Man hat den Luxuskomfort enorm gesteigert. In ihm haben die technischen Möglichkeiten Orgien gefeiert. Was man aber vollkommen unterlassen hat, ist, die Luxuserfahrungen zu popularisieren, die technischen Werte, die man dort erreicht hat, der Gesamtheit zuteil werden zu lassen. Hier liegt ein für die Zukunft sehr anregendes wirtschaftliches Moment.“

So ist es in der Tat. Die Technik hat geradezu Großartiges geleistet. Aber was nutzen alle technischen Errungenschaften, wenn sie nur für einige wenige geschaffen sind und die Masse des Volkes darunter zu leiden hat. Deshalb sollte man nun einmal Schluß machen mit den kostspieligen technischen Wunderwerken und sein Augenmerk darauf richten, die technischen Werte der Gesamtheit des Volkes zugänglich zu machen. Dazu gehört eine Hebung des Lebensstandes und die notwendige Freizeit, um technische Errungenschaften genießen und verbrauchen zu können.

Auch ein Skandal!

Aus dem westdeutschen Industriegebiet wird uns geschrieben: Im Ruhrbergbau sind im Laufe des letzten Jahres etwa 60 000 Arbeiter entlassen worden, und noch ist kein Ende dieser Entwicklung zu sehen. In der Eisen- und Hüttenindustrie ist es nicht besser, allerwärts Feierschichten über Feierschichten. Dabei unterstehen die Entlassenen meistens nicht der Krisenfürsorge, sondern fallen nach ihrer Aussteuerung in der Arbeitslosenversicherung sofort den Wohlfahrtsämtern, das heißt den Gemeinden zur Last. Und in dieser schweren Krisenzeit muß der Präsident des Landesarbeitsamtes Westfalen feststellen, daß im Jahre 1929 allein im Ruhrbergbau 20 000 aus dem Osten zugewanderte Arbeiter neu eingestellt worden sind! So werden im industriellen Westen die Arbeitslosenmassen planmäßig vergrößert, während der Osten unter Arbeitermangel leidet und die Landwirtschaft immer wieder die Zulassung ausländischer Wanderarbeiter fordert — und auch durchsetzt!

Das „Programm der Rettung“

In einer Unterredung hat der Reichsarbeitsminister Stegerwald nach Zeitungsmeldungen über die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Lage Deutschlands folgendes ausgeführt:

Das deutsche Preisniveau stehe gegenwärtig mit an der Spitze von allen Ländern. Dieser Preisstand müsse baldigst herunter, wenn sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands nicht versteifen und damit die Arbeitslosigkeit, anstatt zu mindern, ständig vermehrt und verewigt werden solle. Die Gestehungskosten der deutschen Wirtschaft müßten herabgedrückt werden. Viele Zweige der deutschen Wirtschaft seien gegenwärtig überlastet, gewaltige Beträge lähmen und erdrücken die gewerbliche und industrielle Wirtschaft; sie verringerten in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise trotz Erhöhung der Steuersätze die Steuereingänge und vermehrten die Arbeitslosigkeit. In diesem Zusammenhang müßten die Gehaltskürzungen der Beamten und müßten auch die sozial unangenehmen Abstriche am Haushalt 1930/31 angesehen werden. Es gehe jetzt darum, ob wir einige Jahre die Zähne aufeinanderbeißen, den in Arbeit Stehenden die Arbeit erhalten und dem Millionenheer der Arbeitslosen wieder allmählich Arbeit beschaffen wollten. Dazu müsse das deutsche Volk in seiner Gesamtheit seinen Lebensstandard vorübergehend um 5 bis 10 vH herabdrücken.

Das „Programm der Rettung“, wie es von der Reichsregierung ausgearbeitet wurde, sieht so aus: 6 vH Gehaltsabbau für Beamte und Angestellte des Reiches, für Länder, Gemeinden, Reichsbahn und Reichspost dergleichen. Kürzungen für Überweisungen (des Reiches) an Länder und Gemeinden, Kürzungen der Reichszuschüsse an die Arbeitslosenversicherung in Höhe von 265 Millionen RM. Abstriche am Sozial- und Kulturretat in Höhe von 300 Millionen RM. Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2 vH (soll eine Mehreinnahme von 250 Millionen RM bringen). Erhöhung der Tabaksteuer um 170 Millionen RM.

Durch diese Maßnahmen sollen die Ausgaben des Reiches um gut 1 Milliarde RM gesenkt werden. Von Abstrichen am überflüssigsten aller Etats, dem Militär-etat, ist in dem „Programm der Rettung“ nichts zu finden, obwohl gerade hier in erster Linie bedeutende Ersparnisse erzielt werden könnten. Statt dessen wird am Sozialetat gestrichen und die Reichszuschüsse an die Arbeitslosenversicherung werden beträchtlich gekürzt! Viel leicht sind diese so „ersparten“ Summen für den Bau von Panzerkähnen erforderlich, um einem „dringenden Bedürfnis“, nämlich der Arbeitslosigkeit unserer vielen überflüssigen Admirale abzuhelfen.

Das „Sanierungsprogramm“ der Regierung, das eine nicht unerhebliche Einkommenskürzung für Beamte und Angestellte des Reiches, der Länder und Gemeinden vorsieht, wirkt sich in dem Maße immer schärfer aus, je weiter das Einkommen der Einzelnen nach unten abgerundet ist. Es ist das alte Rezept: Die Masse muß es bringen! Das Stichwort der Brüning-Regierung, der Gehaltsabbau, veranlaßt nun, wie vorauszu sehen war, die industriellen Lohnkürzungen durchzuziehen. Der drohende Kampf in der Metallindustrie Berlins wird, falls er für die Arbeiter ungunstig verläuft, das Unternehmens- und gesamten Reiche mit gleichem Ansinnen an die Gewerkschaften herantreten lassen. Lohnabbau für die Arbeiter und Angestellten, Raub der Arbeitslosenunterstützung, neue Belastung des arbeitenden Volkes durch Steuern und Zölle. Hinzu tritt eine Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung. Außerdem wird die in Aussicht gestellte Anhebung des Mieterschutzes eine nicht unerhebliche Steigerung der Mieten im Gefolge haben. Das sind die Mittel einer hohen Bürokratie und des Unternehmertums, um die „versteifte“ deutsche Wirtschaftslage in Gang zu bringen. Das „Volk“ soll „die Zähne aufeinanderbeißen“ und seine ohnehin schon aufs äußerste eingeschränkte Lebenshaltung nochmals um ein beträchtliches herabmindern. Das ist das „Sparprogramm“ der Regierung; es ist nichts anderes als die Hungerblockade gegen die Werkstätigen.

Auf der andern Seite werden den Besitzenden Milliarden in Form von Steuererläßen, Steuererlaß-Unterstützungen und Schenkungen zugeschanzt. Man denke nur an das Osthilfe-Gesetz, das den Großagrariern riesige Beträge an Unterstützungen brachte. Die Schür-

macher der Industrie, die Börsen- und Bankhaie sowie die „notleidenden“ Großgrundbesitzer haben es immer verstanden, sich auf Kosten des werktätigen Volkes vor den Steuerlasten zu drücken.

Wenn es wirklich wahr wäre, daß Gewerbe und Industrie so arm sind wie es hingestellt wird, daß nur mit teuren Auslandskrediten gearbeitet würde, dann sollte die Regierung ihre Weisheit dazu verwenden, die ins Ausland verschobenen Milliarden der Steuerdrückeberger durch Zwangsmaßnahmen zurückzuholen! Dies um so mehr, als von verschiedenen politischen Parteien bereits Anträge in den Länderparlamenten gestellt wurden, die sich mit der Bekämpfung der Kapitalflucht befassen. Die Bekämpfung der Kapitalabwanderung wäre nicht nur möglich. Von jedem Großverdiener müßte eine eidesstattliche Versicherung über seinen Auslandsbesitz eingefordert werden. Auch eine Offenlegung der Steuerlisten könnte der Sache förderlich sein. Es ist verständlich, daß die Regierung als der Vollzugausschuß der besitzenden Schichten mit großer Scheu an dieser Sache vorbeigeht, desto tatkräftiger sollte die Frage von den Volksvertretern behandelt werden. Den ausländischen Regierungen liegt aus leichtverständlichen Gründen wenig daran, das aus Steuerscheu geflohene deutsche Kapital irgendwie zu beschweren. Sind es doch die ausländischen Kreditanstalten, die das aus Deutschland geflohene Kapital zu einem weit höheren Zinssatz wieder der deutschen Wirtschaft und der öffentlichen Hand zuführen.

Zu der Steuerflucht kommt die Auswanderung deutscher großindustrieller Unternehmen. Ein vor kurzem im sächsischen Landtag gestellter Antrag betonte, daß in der 2000 Einwohner zählenden Hauptstadt des Fürstentums Liechtenstein, in Vaduz, nicht weniger als 140 solcher aus Deutschland gefloherer Gesellschaften ihren Sitz haben. Diese Auswanderung hat gleichfalls keinen andern Zweck, als dem Fiskus des lieben deutschen Vaterlandes ein Schnippchen zu schlagen.

Den wirklichen Volksvertretern harren im neugewählten Reichstag große Aufgaben. Es gilt gegen das Ausplünderungsprogramm der Brüning-Regierung, das den Werkstätigen den Hungerriemen noch enger schnallen will, mit allen Mitteln anzukämpfen. Es gilt, die durch die Notverordnung verschandelte Krankenversicherung und die verschlechterte Arbeitslosenversicherung zumindest auf ihren früheren Stand zu bringen. Es gilt, das geplante Attentat auf die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen abzuwehren. Es geht weiter um eine Erhöhung der Renten für Invaliden- und Unfallversicherung. Es geht auch nicht zuletzt darum, den neuerdings geplanten Raubzug auf die Taschen der Werkstätigen zugunsten der Dickverdiener und Steuerscheuen abzuwehren. K. Ebbinghaus.

Die Krise der internationalen Rohstahlgemeinschaft

Mitte September war der Verwaltungsausschuß der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (IRG) in Lüttich beisammen, um zu der Krise dieses größten und bedeutsamsten internationalen Kartells Stellung zu nehmen. Die IRG hat bei ihrer Gründung vor vier Jahren zu großen Hoffnungen Anlaß gegeben. Es war eine bemerkenswerte Tatsache, daß sich die ehemals feindlichen Länder in so verhältnismäßig kurzer Zeit nach dem Kriege zusammenfanden, um einen der wichtigsten Rohstoffe, Eisen und Stahl, einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen. Zur IRG gehören Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Österreich, Ungarn und die Tschechoslowakei.

Die IRG war als ein Dachkartell gedacht, das den Zweck haben sollte, die Produktion zu verteilen und planmäßig zu beeinflussen. In jedem Lande wurde ein bestimmter Anteil vom Gesamtproduktionsprogramm zugewiesen. Bei Überschreitung des Anteils traten Strafbestimmungen von 4 Dollar je Tonne in Kraft. Länder, die ihren Anteil nicht erreichten, sollten Zuschüsse erhalten. Deutschland hat in den Jahren 1927/28 infolge des guten Eisengeschäfts erhebliche Strafbestimmungen geleistet. Je mehr sich die internationale Krise ausbreitete, desto geringer wurde die Geneigtheit für die IRG. Schließlich drohte das ganze Kartell



Technik und Werkstatt



Der Rangier-Funk

Von Ing. H. Dewald

Für die Befehlsübermittlung vom Rangiermeister zum Lokomotivführer auf Verschiebebahnhöfen werden im allgemeinen sichtbare Signale besonderer Bauart verwendet, die durch die Stellung ihres doppelarmigen, parabolisch gekrümmten Signallügels, der bei Nacht durch eine Lampe erleuchtet ist, die vom Rangiermeister an den Lokomotivführer gegebenen Befehle anzeigen. Bei der häufig großen Entfernung zwischen der am Ende des Zuges befindlichen Lokomotive und dem diese Signale tragenden Mast sind deren Stellungen für den Lokomotivführer, namentlich bei starkem Nebel oder sonst unsichtbarem Wetter, schwer meistens gar nicht zu erkennen. Es hat sich gezeigt, daß selbst die Aufstellung eines zweiten derartigen Signals auf halbem Wege, das stets die gleichen Stellungen wie das Hauptsignal einnimmt, auch nicht genügt, um die Befehlsübermittlung einwandfrei zu erkennen. Dadurch treten vielfach Verzögerungen im Verschiebedienst ein, so daß die Abstellgleise in oft kurzer Zeit mit Güterzügen verstopft sind. Die Reichsbahn hat deshalb schon lange Zeit nach einer betriebssicheren und dabei wirtschaftlich arbeitenden Einrichtung gesucht, mit der der Rangiermeister dem Lokomotivführer hörbare Signale direkt übermitteln kann.

Seit einiger Zeit ist bei der Deutschen Reichsbahn u. a. auf den Güterbahnhöfen in Hamm, Erfurt, Saalfeld und Soest die drahtlose Rangier-Befehlsübermittlung praktisch erprobt worden. Der Rangierfunk hat sich dabei gut bewährt, um so mehr, als eine schnellere Abwicklung des Verschiebebetriebes als bei der Benutzung von sichtbaren Signalen erreicht worden ist.

Diese drahtlose Rangier-Befehlsübermittlung geschieht auf folgende Weise: Auf dem Ablaufberg befindet sich da, wo die einzelnen Wagen oder Wagenzüge von dem rangierenden Zug abgestoßen werden, ein Häuschen, ähnlich den Wärterbuden, das also in unmittelbarer Nähe des Rangiermeisters steht. Hier ist eine elektrische Maschine, die Wechselstrom von etwa 900 Hz erzeugt, aufgestellt. Der eine Pol dieser Maschine ist geerdet, während der andere Pol über eine Taste, durch die ein Stromkreis wie mit einem Schalter geschlossen und geöffnet werden kann, mit dem Anfang einer zwischen mehreren Masten längs der Rangiergleise isoliert verlegten Drahtleitung verbunden ist. Diese Drahtleitung, die wie eine Antenne etwa 1,5 km an den Rangiergleisen in entsprechender Höhe entlangläuft, ist an ihrem Ende geerdet. Bei der Befehlsübermittlung drückt der Rangiermeister auf die vorerwähnte Taste und schließt dadurch den Stromkreis, der durch die ausgespannte Drahtleitung und die Erde gebildet wird. Dabei fließt durch die Drahtleitung ein Wechselstrom, der das Entstehen elektromagnetischer Kraftfelder, die sich in senkrechter Ebene zu dem ausgespannten Draht ausbreiten, hervorruft.

Diese Kraftfelder treffen eine Rahmenantenne, die in einfacher Weise mit einem Dorn in die vorhandenen Laternenstützen der Lokomotive oder des Tenders eingesetzt ist, und durchdringen die Drahtwindungen der Rahmenantenne. Diese ist mit ihren beiden Wicklungsenden mit einem den Rundfunkgeräten ähnlichen Verstärker verbunden, an den ein Lautsprecher besonderer Konstruktion angeschlossen ist. Die von der ausgespannten Drahtleitung ausgehenden und auf die Rahmenantenne einwirkenden elektromagnetischen Kraftfelder erzeugen in dem Rahmen durch Induktion einen

schwachen Wechselstrom, der durch den Verstärker vielfach verstärkt wird und infolge der Periodenzahl der in dem Befehlshäuschen aufgestellten Wechselstrommaschine den Lautsprecher auf der Lokomotive zum Tönen bringt. Kürzeres oder längeres Drücken der Sendetaste durch den Rangiermeister bewirkt kürzeres oder längeres Tönen des Lautsprechers auf der Lokomotive. Diese hörbaren Signale von großer Lautstärke können nun als beliebig zusammengesetzte Zeichen verschiedener Bedeutung vereinbart werden. Eine bestimmte Zeichenzusammenstellung, ähnlich den bekannten Morsezeichen, bedeutet zum Beispiel „Langsam drücken“, „Schnell drücken“, „Halt“ usw., so daß der Rangiermeister jederzeit in der Lage ist, so, wie es der Betrieb erfordert, dem Lokomotivführer durch bestimmte Zeichenzusammenstellungen die entsprechenden Signale zu übermitteln, durch die das richtige Ablaufen der einzelnen Wagen oder Wagenzüge bestimmt wird.

Im allgemeinen sollen die Befehle vom Rangiermeister zum Lokomotivführer durch Morsezeichen übermittelt werden. Es ergibt sich aber oft auch die Notwendigkeit einer telefonischen Befehlsübermittlung. Auch diese Verständigungsart ist mit dem Rangierfunk möglich. Zu diesem Zwecke wird über eine zweite, von dem Rangiermeister zu betätigende Taste an Stelle der Wechselstrommaschine ein gewöhnliches Starkstrom-Mikrofon mit einer Akkumulatorenbatterie geringer Spannung einerseits geerdet und andererseits an die ausgespannte Freileitung angeschlossen. Der Rangiermeister spricht dann nach Drücken der „Mikrofontaste“ seine Befehle in das Mikrofon, wodurch in gleicher Weise wie beim Betätigen der „Zeichentaste“ entsprechende Beeinflussungen der Empfangseinrichtung auf der Lokomotive bewirkt werden, wobei jedoch der auf dieser befindliche Lautsprecher die Sprache des Rangiermeisters wiedergibt, ohne daß hierfür komplizierte Sendeeinrichtungen notwendig sind.

Damit der Lokomotivführer ständig die Gewißheit hat, daß die Rangierfunkanlage einwandfrei arbeitet, ist eine Kontrolleinrichtung vorhanden. Er hört aus dem Lautsprecher in kurzen Abständen, in ähnlicher Weise wie beim Pausenzeichen verschiedener Rundfunksender, schwache Töne. Dies wird durch einen auf der Befehlsendestelle in den Stromkreis eingeschalteten selbsttätigen Unterbrecher bewirkt, der während der Zeit, in der keine Befehle übermittelt werden, schwache Stromstöße in der längs den Gleisen ausgespannten Drahtleitung verursacht. Bleiben diese Kontrollzeichen aus, so muß der Lokomotivführer vereinbarungsgemäß sofort halten und weitere Befehle abwarten. Es wird auf diese Weise erreicht, daß bei zufälligem Versagen der Einrichtung Unglücksfälle vermieden werden.

Von welcher Wichtigkeit die schnelle und sichere Verständigung zwischen Rangiermeister und Lokomotivführer ist, wird ohne weiteres einleuchten. Jede Verzögerung in der Verständigung, die bei sichtbaren Zeichen aus eingangs erwähnten Gründen vielfach eintritt, hat beim Rangieren durch Zusammenstoß der ablaufenden Wagen häufig große Verluste zur Folge. Durch die Anwendung der drahtlosen Befehlsübermittlung, die unabhängig von allen Witterungs- und Temperatureinflüssen ist, werden Reichsbahn wie Auftraggeber für den Gütertransport mit erhöhter Sicherheit vor Schaden bewahrt.

Flächen ist die Anwendung des Schlippschen Salzes vorzuziehen, da dieses weniger fleckig arbeitet: a) 10 Liter Wasser, 350 g Grünspan, 10 ccm Essigsäure; b) 10 Liter Wasser, 250 g Schwefelleber. Durch abwechselndes Eintauchen in Lösung a und b und nachfolgendes Abspülen in Wasser werden in kurzer Zeit hell- bis dunkelbraun schillernde Farben erzielt. Alsdann werden die Gegenstände getrocknet mit einer Messing-Zirkularbürste überkratzt bis der Niederschlag gleichmäßig erscheint. Ist der Farbton noch zu hell, so wird der Gegenstand durch nochmaliges Eintauchen in obige Lösungen nachgefärbt, getrocknet, gebürstet, abgetönt mit Bimsmehl und zaponiert.

Eine kastanien- bis dunkelbraune Bronzierung erhält man in folgendem Braunbad: 1 Liter Wasser, 25 g Kupfersulfat, 25 g Nickelsulfat, 25 g Kaliumchlorat, 7 g Kaliumpermanganat. Vor dem Gebrauch wird die Lösung in einem emaillierten Gefäß auf 70 bis 80 Grad Celsius erwärmt und die Gegenstände eingetaucht oder mit derselben angebürstet. Die Färbung vollzieht sich in ein bis zwei Minuten und eignet sich besonders für Kupfer. Messing färbt sich in diesem Braunbad dunkelgrün und erzielt auf Bronze das bekannte Barbediennebraun. Die Braunbeize findet große Anwendung für getriebene Gegenstände, Kunstbronzen und tauschierte Arbeiten.

Dunkelgrüne Bronzierung auf Gußmessing wird in folgender Lösung erzielt: 1 Liter Wasser, 50 g Nickelsulfat, 30 g Kupfersulfat und 20 g Kaliumpermanganat. Die Beize wird warm angewandt.

Schöne Färbungen werden nach einem in Japan angewandten Verfahren erlangt. Zur Anwendung kommt folgende Lösung: 1 Liter Wasser, 20 bis 40 g Kupfersulfat, 20 bis 60 g Grünspan, 20 bis 25 g Alaun. Die Flüssigkeit wird auf 80 bis 90 Grad Celsius angewärmt. Je nach der Konzentration und der Einwirkung der Beize erreicht man die verschiedensten Farben der Kupferoxyd- oder Kupferoxydulgruppen. Die Gegenstände färben sich in dieser Beize gleichmäßig an, wenn sie frisch gebeizt und aus dem schwach sauren Beizwasser sofort in das Färbbad gebracht werden. Messing färbt sich nach drei bis fünf Minuten dunkelgrün bis schokoladenbraun. Kupfer nimmt eine emaillierte Farbe an und eine goldhaltige Kupferlösung von 5 bis 10 vH Goldgehalt wird blauschwarz gefärbt. Letztere Legierung und Metallfarbe wird viel in Japan für Säbelscheiden und Schnallen angewandt.

Es bestehen nun noch weitere Brünierungsverfahren; jedoch haben sich nur die einfachsten in der Praxis bewährt. Die kunstgerechte Anwendung obiger Färbungsmethoden muß ohne weiteres dem Fachmann überlassen werden und muß dieser unbedingt sicher in der Ausführung der allgemeinen Metallfärbung sein. Chemiker K. Sch.

Ein Leichtmetall der Zukunft

(Nachdruck verboten.)

An Leichtmetallen stehen uns bis heute zwei große Gruppen zur Verfügung, die Aluminium- und die Magnesiumlegierungen. Gerade die letzteren haben für uns in Deutschland eine besondere Bedeutung, weil sie nach Rohstoff und Herstellung rein deutschen Ursprungs sind.

In letzter Zeit tritt nun ein neues Leichtmetall auf den Plan, das offenbar berufen ist, als Ersatz von Stahl und Eisen eine große Bedeutung zu erlangen. Wir sprechen von Beryllium, das zwar als ein Element der Magnesiumgruppe den Chemikern schon längst bekannt ist, das aber in großen Massen in wirtschaftlicher Weise bis jetzt nicht hergestellt werden konnte. Nun ist es aber dem Metallurgen Hugh S. Cooper und seinen Mitarbeitern gelungen, ein Verfahren zu schaffen, das die Berylliumherstellung im Großbetrieb in wirtschaftlicher Weise gestattet. Wenn sich das Verfahren wirklich so stellt, daß die Preise dieses neuen Leichtmetalls mit denen der übrigen Metalle konkurrieren können, dann wird das Beryllium einen ungeahnten Siegeszug antreten.

Es stellt eines jener Metalle dar, die sehr häufig und fast überall vorkommen, allerdings immer in Verbindung mit anderen Bestandteilen. Die Schwierigkeit seiner Herstellung liegt, ähnlich wie früher beim Aluminium, in einer wirtschaftlichen Trennung von diesen Bestandteilen. Es zeichnet sich durch eine außerordentliche Härte aus, ebenso durch einen sehr hohen Schmelzpunkt. Der letztere liegt bei 1278 Grad Celsius, während die Schmelzpunkttemperatur von reinem Aluminium bei 659,8 Grad Celsius, die von reinem Magnesium bei 650 Grad Celsius liegt. Dabei ist das Beryllium bedeutend leichter als Aluminium, aber viel härter. Reines Beryllium vermag Glas zu ritzen, hat also in der Mohs'schen Härteskala die Härte 8, während Aluminium in dieser Skala die Härte 2,9, Magnesium die Härte 2,0 aufweist. Von der Feile wird es nicht angegriffen, läßt sich aber nicht polieren. Sein spezifisches Gewicht beträgt 1,84. Mit Aluminium, Kupfer und Eisen geht es leicht Legierungen ein, wodurch es möglich wird, Typen von jeder gewünschten Elastizität zu schaffen. In geringen Mengen, und zwar von 2 bis 4 vH, mit Kupfer legiert, erhält man eine Berylliumbronze von ganz hervorragenden mechanischen Eigenschaften. Sie weist eine Härte auf wie glasharter Stahl. Die Berylliumbronze wird schon heute trotz des vorläufig noch hohen Preises in kleinen elektrischen Apparaten mit Vorteil angewandt, wo Stahl wegen seiner magnetischen Eigenschaften nicht verwendet werden kann. Hth.

Gefahrenquellen an Bohrmaschinen

Bei oberflächlicher Betrachtung möchte man meinen, es könnten an der Bohrmaschine überhaupt keine Unfälle vorkommen. Das ist jedoch nicht der Fall. Die badische Gewerbeaufsicht hat im Jahre 1927 allein 147 Unfälle an Bohrmaschinen gebucht. Die meisten erfolgen, weil beim Bohren ein Anschlag nicht verwendet oder der zu bohrende Gegenstand nicht richtig oder leichtsinnig eingespannt worden war. Es ist jedem Arbeiter, der an der Bohrmaschine arbeitet, bekannt, daß der Spiralbohrer in dem Augenblick, wo er das Material durchbohrt hat und durchbricht, gerne einhackt und das Material mitreißt — wenn es nicht festgehalten wird durch Spannvorrichtungen, Schraubstock, Anschlag usw. Schlechte Unterlagen, nicht befestigte Spannvorrichtungen, verlotterte Bohrfutter, vorstehende Schrauben an den Bohrfuttern sind Ursache vieler Unfälle. Wie gefährlich es ist, Späne mit der Hand statt mit einem Pinsel oder sonst einem Gegenstand zu entfernen, beweist die Zahl von 14 Unfällen.

Verhältnismäßig gering sind die Unfälle, die durch Fehler, fehlende oder mangelhafte Schutzvorrichtungen an der Bohrmaschine selbst erfolgt sind. Bei den neuen Konstruktionen sind alle Getriebe und gefährlichen Stellen eingekapselt, so daß an diesen kaum noch ein Unfall erfolgen kann.

Die meisten Unfälle wären zu vermeiden, wenn mit der nötigen Vorsicht und Ruhe an der Bohrmaschine gearbeitet würde. Daher gilt für jeden, der an der Bohrmaschine arbeitet, Werkstück richtig einspannen, Sorge für gute Unterlagen und Anschlag, Augen auf, besonders wenn der Spiralbohrer das Material durchbricht.

Braunfärben auf Messing und Kupfer

Durch die chemische Metallfärbung erhalten kunstgewerbliche Arbeiten ein antikes und angenehmes Aussehen. Das Herstellen dieser Metallfarben, das sogenannte Brünieren, rechnet der Metallfärber als besonderes Gebiet. Es verlangt von ihm eine ausgezeichnete Praxis. Rezepte für Braunfärbung sind durch langjährige Versuche ausprobiert worden und wurden lange Zeit geheim gehalten. Weitere Schwierigkeiten der Brünierung zeigen sich bei der Einhaltung des Farbtons, besonders bei Massenartikeln; denn mit wechselnder Metallegierung oder längerer Färbedauer tritt leicht eine Verschiebung des Farbtons ein. Trotzdem diese Mängel auch bei anderen Färbungen auftreten, machen sich diese besonders bemerkbar, weil Brünierungen keine End-, sondern Zwischenfärbungen sind.

In den deutschen Kupferschmieden wurde zum Brünieren von Kaffeemaschinen und Teekesseln lange Zeit ein mechanisches Färbeverfahren angewandt, das darin bestand, daß die leicht eingewachsenen Gegenstände mit Eisenoxyd eingestaubt wurden und dieses mit polierten Stahlhämmern in die Metalloberfläche eingehämmert wurde. Diese Arbeiten wurden verschiedentlich wiederholt bis die Metallfarbe einen gleichmäßigen, hellbraunen Ton erreichte. Die Metallfarbe ist sehr haltbar, hitzebeständig und kann nur durch Abschleifen entfernt werden.

Ähnliche Färbungen werden heute auf chemischem Wege viel schneller und ebenso schön erreicht. Das bereits erwähnte Eisenoxyd wird mit Spiritus oder verdünntem Salmiakgeist zu einer gut streichbaren Masse verrieben und auf die fettfreien Gegenstände aus Kupfer, Bronze und Messing mittels Pinsels oder Bürste gleichmäßig aufgetragen. Alsdann läßt man den Anstrich trocknen und sucht durch mechanisches Bürsten auf Kratzmaschinen oder mit weichen Handbürsten eine gleichmäßige Braunfärbung zu erzielen. Nach mehrmaligem Aufstreichen und Bürsten (drei bis viermal) wird eine schöne und festhaftende Brünierung erreicht. Durch Wärmetrocknen wird die Bildung der Braunfärbung beschleunigt. Diese Brüniermethode läßt sich am schnellsten auf Kupfer ausführen; da gegen verwendet man für Messing und Bronze eine Aufstrichpaste, bestehend aus Antimonpentasulfid oder Goldschwefel mit verdünntem Salmiakgeist oder Spiritus.

Ferner wird noch ein chinesisches Verfahren bestens empfohlen. Die Aufstrichpaste setzt sich zusammen aus 2 Teilen Grünspan, 2 Teilen Zinnober, 5 Teilen Salmiaksalz und 5 Teilen Alaun. Diese Salze werden zusammen gepulvert und mit Wasser

oder Spiritus zu einem Brei verrührt. Diese Aufstrichverfahren werden vorzüglich in kleineren Kunstschmieden und gewerblichen Abteilungen zum Brünieren von Medaillen, Statuen und Porträts in Kunstguß für kleinere Aufträge sicher und billig angewandt.

Allgemeine Anwendung zur Braunfärbung von Kupfer und Kupferlegierungen finden die Schwefelverbindungen. Mit ihrer Hilfe können sowohl große wie auch kleine Gegenstände vom hellen Rotbraun bis zum tiefen Braunschwarz gefärbt werden. So verwendet man zum Beispiel zum Braunfärben von Kupfer folgende Lösungen: a) 1 Liter Wasser, 2 bis 5 g Schwefelleber, 2 bis 4 ccm Salmiakgeist; b) 1 Liter Wasser, 2 bis 3 g Schwefelkalzium, 3 g Chlorammon. Die kupfernen oder verkupferten Gegenstände werden vollständig vom Fett befreit und dann auf eine Zirkularbürste gleichmäßig gebürstet. Durch verschiedentliches Eintauchen in die Schwefellösung kann der Farbton hell oder dunkel gehalten werden. Die gefärbten Gegenstände werden gründlich in Wasser gespült und der erzielte Farbton wird auf gewellte Messing-Zirkularbürsten unter Zuhilfenahme von Wasser gleichmäßig übergebürstet. Dann wird nach Belieben die Schattierung der Färbung auf rotierende Filz-, Lappen- oder Bürstenscheiben mit Bimspulver vorgenommen, die Gegenstände gründlich gespült, getrocknet und zaponiert. Der durch die Brünierung erzielte Farbniederschlag besteht aus Schwefelkupfer. Da Schwefelkupfer nur in sehr dünnen Schichten gelbe oder braune Farböne ergeben, so darf die Schwefelung nur sehr schwach, und die zur Anwendung kommenden Lösungen müssen stark verdünnt sein.

Messing und Bronze können ebenfalls in Schwefellösungen brüniert werden. Man verwendet hierzu eine Schwefellaug, die 10 bis 15 g Schwefelleber im Liter Wasser enthält, und taucht die gebürsteten Objekte abwechselnd in obige Lösung und in mit alter Gelbbrenne angesäuertes Wasser. Der erzielte dunkelbraune Farbton wird gut in Wasser gespült, getrocknet, auf eine Messing-Zirkularbürste trockengebürstet, schattiert mit Bimsmehl und zaponiert.

Weitere Lösungen zur Erzielung hell- bis dunkelbrauner Bronzierung auf Messing und vermessingten Gegenständen, sind folgende: a) 10 Liter Wasser, 150 bis 200 g Schwefelleber, 150 bis 200 g Schlippsches Salz; b) 10 Liter Wasser, 150 bis 200 g Kupfervitriol, 25 ccm Schwefelsäure. Diese Beizen werden kalt angewandt. Beim Braunfärben von Gegenständen mit großen



Familie und Heim



Die Drangsal beendet

Von Walter Murkanski

Einer von den vielen, die die ratternde Fabrik morgens verschlang und abends wieder ausspie, war der Schlosser Karl Lange. Über sein von Falten zerfurchtes Gesicht zuckte es, und seine braunen, gutmütigen Augen bekamen einen wehmütigen Schimmer, als er sein Werkzeug aus dem Kasten nahm und es sorgsam, als könne etwas zerbrechen, auf die Bank legte. Trübe Gedanken waren es, denen er nachhing und die sein Inneres seit Tagen beunruhigten.

Schon seit mehreren Wochen durchliefen Gerüchte von bevorstehenden Entlassungen den Betrieb. Irgendwo waren sie aufgekommen, niemand wußte, von wem sie kamen, aber auf einmal waren sie da, liefen von Mann zu Mann und sprangen von Abteilung zu Abteilung, bis es jeder wußte und sich seine Gedanken darüber machte. Wiederholt von oben widerrufen, blieben sie trotzdem in den Köpfen der Belegschaft hängen und widerstanden allen Beschwichtigungen schließlich verdichteten sie sich und wurden Tatsache. Eines Tages sagte der Meister diesem und jenem ein paar kurze, inhaltsschwere Worte leise und mit merklichem Bedauern. Unter diesen befand sich auch Karl Lange. Was er geahnt und woran er mit Grauen seit Wochen gedacht hatte, war eingetroffen: auch er hatte seine Kündigung erhalten und wurde heute gleich den anderen entlassen. Arbeitslos! Karl kannte das Wort zur Genüge, unter dem sich so viel Elend und Not verbarg.

Wie oft schon war er Wochen und Monate hindurch arbeitslos gewesen, war von Fabrik zu Fabrik gelaufen, von eingebildeten oder barbeißigen Portiers mit harten, kurzen Worten abgefertigt oder auf später vertröstet. Ein Später, das niemals eintrat, auf das er aber immer wieder baute und das ihm neue Hoffnung gab. Nun war es wieder so weit. Zum letzten Male stand er heute im Betrieb, hörte den Lärm und sah das geschäftige Treiben. Und morgen — morgen bist du wieder draußen, gehörs't zur großen, grauen Masse der Arbeitslosen und drängst dich an die Schalter des Wohlfahrtsamtes, jagst von Betrieb zu Betrieb in der Hoffnung, noch irgendwo eine freie Stelle zu bekommen. So wird es Tag um Tag, Woche um Woche sein, vielleicht dauert es Monate, oder du wirst überhaupt nicht mehr eingestellt werden, weil — du zu alt bist. Großer Gott — Karl fuhr bei dem Gedanken auf —, nie mehr arbeiten, nie wieder ein geregeltes Leben führen können und alle Last auf die schmalen Schultern der armen, kleinen Frau hürden, deren müde Augen ihn oft verzweifelt anblickten, daß es in ihm würgte und fraß und der Wahnsinn ihn zu überfallen drohte!

Nein, das war nicht mehr zum aushalten — kein Mensch kann das. Ein Junger häumt sich dagegen trotzhaf auf und sucht sich auf andere Weise zu helfen, aber ein Alter? Nun, mit der Zeit gewöhnt man sich daran, wird müde, duckt sich wie vor einem furchtbaren Ungeheuer, frißt alles in sich hinein und wird verbittert.

Aber so weit war Karl Lange noch nicht. Noch wehrte und sträubte sich sein ganzes Sein dagegen. Noch konnte er das Furchtbare nicht mit Gleichmut ertragen, und gerade das war der Gedanke so entsetzlich, daß er, der in allen Versicherungen ausgereizt war und seine Anwartschaft nirgends mehr erfüllen konnte, zusehen mußte, wie seine Familie langsam zugrunde ging. Vergebens hatte er sich schon den Kopf zermartet und einen Ausweg gesucht, aber er fand keinen und niemand konnte ihm einen zeigen, keiner einsam und verlassen kam er sich vor.

Das waren seine Gedanken am letzten Tage im Betriebe. Langsam vergingen die Stunden, fast zu langsam, und doch hätte er den unerhittlichen Zeiger aufhalten, ja ihn zurück-drehen müßten um Tage und Wochen. Aber es ging nicht und so wurde aus dem Morgen der Nachmittag, und der Abend rückte heran.

Jetzt nahm man ihm das Werkzeug ab und gab ihm die Pantie. Nun war er entlassen und frei, so frei, daß er — verhungern konnte. Langsam schnürte Karl sein Bündel, schaute sich dann noch einmal mit langem Blick die Stätte seines Schaffens an, nahm Abschied von seinen Mitarbeitern, die ihn und seinen Rat schmerzlich vermissen würden, und ging an dem aufgeblasenen Wicht von Portier vorbei zum Fabrikator hinaus.

Wohin nun? Nach Hause mochte er nicht gehen, ihm graute davor. So ging er langsam, ohne auf die Straßen zu achten, seinen Weg kam in Stadtteile, die er nicht kannte, wandelte an Geschäftshäusern und Schrebergärten vorbei ohne sie eines Blickes zu würdigen, und stand plötzlich aus seinen Gedanken aufwachend vor einem Bahndamm. Hier, fernab von der Stadt, deren Lichterheim verheißend den feinen, leise niederschneidenden Regenschleier zu durchdringen suchte, überwand ihn die Mutlosigkeit. Sich auf einen Grenzstein niederlassend überdachte Karl noch einmal sein ganzes Leben: An ihm vorüber zog seine harte, bittere Kinder- und Jugendzeit, der Krieg mit seinen Schrecken und Grauen und die nachfolgende Zeit der fortwährenden Arbeitslosigkeit, des Hungers, der Not und des Elends. Er dachte an seine Frau und Kinder, denen er nichts mehr sein und geben konnte und die ohne ihn — besser durchs Leben kommen würden. Immer stärker wuchs in ihm der Gedanke, das Leben fortzusetzen, wie etwas, was man nicht mehr gebrauchen kann, was wertlos geworden ist. Noch schwankte er, kämpfte mit sich, wie ein Ertrinkender. Seine Brust keuchte und von der Stirn tropfte der Schweiß. Fiebernd

irrten seine Augen Halt suchend in die Ferne und blieben auf einem kleinen, hellen Punkt haften, der sich erst langsam und leise, dann aber schnell und lauter werdend vergrößerte, zu zwei feurigen Augen answoll, die mit Fauchen und Zischen daherbrausten.

In Bruchteilen von Sekunden schmolz der Widerstand dahin, wuchs in Karl das Verlangen, wuchs und wurde riesengroß, überschattete alles und riß ihn mit. In zwei Sätzen stand er auf dem Bahndamm im Lichtkegel der Scheinwerfer, ein Ruck — und dann zerriß ein gellender, alles übertönender Schrei die Nacht. — — —

Scharf eingeschnittene Täler, dunkler Fichtenwald, drüben der Rennsteig. Wie ein Reihernest im Röhricht kleben die schwarzgrauen Schieferhäuschens Lauschas im Talkessel. Dieses Dorf mit seinen 7000 Einwohnern ist der Mittelpunkt der Glasindustrie Thüringens. Glasbläser — was wissen wir von ihnen? Wir kennen den Christbaumschmuck, Tieraugen, Puppenaugen und die menschlichen Ersatzaugen, vielleicht haben wir auf dem Jahrmarkt auch geblasene Hirsche, Kücken, Frösche usw. gesehen, aber was wissen wir von dem grauenhaften Elend in den Wohnungen der Heimarbeiter?

In der Glashütte, die etwas außerhalb des Dorfes steht, werden Glasröhren gezogen. Beizende, glasstaubgefüllte Luft in einem Verschlag, so scharf und ätzend daß man ein zweites Mal kaum Atem zu holen wagt. Die zwei Männer, die den ganzen Tag hier Pottasche, Sandsoda und Salpeter mischen, ohne Schutzmaßnahmen, ohne Gasmasken, sind rettungslos erkrankt. Tuberkulose! Röchelnd geht der Atem, Hunger schreit die magere, skelettartige Gestalt, ein heimliches Feuer — Fieber — spiegelt aus den Augen, die seltsam anmuten in dem struppigen, verstaubten Gesicht, in das die Not ihre Furchen geprägt hat.

In den Gasöfen wird der Glasstaub zur feuerflüssigen Masse. Die Luft in diesem Raum ist heiß, trocken; die Schleimhäute brauchen Feuchtigkeit. Die Arbeiter, die an den Öfen zu tun haben, trinken immerzu Bier, zehn bis zwölf Liter im Tag, manchmal weniger. Tee oder Sodawasser, meinen sie, würde den Durst nicht so löschen. Selbsttäuschung! Die Akkordarbeit in dieser Hitze ermüdet, das alkoholhaltige Getränk peitscht die Energie wieder für kurze Zeit auf, aber sie müssen immer wieder danach greifen. Der Besitzer der Glashütte stellt Getränke nicht zur Verfügung. Mögen diese Arbeiter noch so rasch schaffen und ihr Letztes an Kraft hergeben, höher als auf 60 bis 70 Pf. die Stunde kommen sie nicht.

Schmuck sehen zwar die Häuschen der Glasbläser äußerlich aus, innen aber das immer wiederkehrende typische Bild: Neben verschiedenen kleinen Räumen, die mit Vorrat angefüllt sind, das etwas größere Arbeitszimmer: in der Ecke ein Tisch mit drei Gashähnen, ein anderer Tisch mit Säureflaschen, vier bis sechs Leute im Raum, wenn irgend möglich noch ein Kinderwagen mit ein oder zwei Säuglingen. Arbeit und Kinderpflege zu gleicher Zeit. Die Gashähne schließen nicht dicht, die Luft ist unerträglich schwer vom Gas und dem Säuregeruch. Hier arbeiten diese Leute 12, 14, 16 Stunden, blasen an der Flamme Christbaumschmuck, färben die Glaskugeln mittels der Säuren. Kinder von drei bis vier Jahren, die kaum ihre Händchen gebrauchen können, helfen mit, und trotzdem kann sich der Heimarbeiter kaum an Kartoffeln satt essen.

Doppelt schwer hat es die Frau: Haushalt, Kindererziehung und daneben noch 14 Stunden lang Puppenaugen, Glasaugen, Vasen oder Tiere blasen. Kein Wunder, daß sie tuberkulös ist und daß die Kinder es ebenso werden. Aber wie heißt es doch so schön in der Reichsverfassung, Art. 119 Abs. 3: „Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates.“ Bitte, Herr Minister Frick, diese Bewohner hier sind rassercin!

Arbeitet da eine Frau je Tag durchschnittlich 14 bis 15 Stunden, stellt in der Woche 4000 bis 5000 Puppenaugen her und erhält vom Verleger insgesamt etwa 18 Reichsmark. Wenn die ganze Familie zusammenarbeitet, stellt sie sich auf 30 bis 40 RM die Woche. Ein Glasauge zu blasen ist eine Kunst. Es erfordert bis ins kleinste Genauigkeit in Form und Farbe und eine Arbeitszeit von 30 bis 40 Minuten. Erlös je Auge 20 und 50 Pf., wobei noch zu berücksichtigen ist, daß der Heimarbeiter sein Material selbst bezahlt. Beim Optiker kostet das Auge zwischen 6 und 20 RM. Verleger und Verkäufer haben den Profit.

Die Arbeiter unterbieten sich gegenseitig im Preise. Die Not ist so groß, daß sie sich lieber mit einem Mindestlohn als gar nichts bescheiden. Wohl haben sie schon den Versuch gemacht, die Preis- durch Verkaufsgenossenschaften auf halbwegs normaler Höhe zu halten; aber es fehlt das Klassenbewußtsein, und die Unterbietung der Nichtorganisierten zerstört immer wieder das kaum begonnene Werk. Es gehört zur Eigenart dieser Leute, daß sie sich als „kleine Unternehmer“ fühlen. Sie hoffen immer auf den Riesenauftrag des Amerikaners, der sie auf einen Schlag reich macht.

Auf meine Frage, wieviel Kinder eine Familie durchschnittlich hat, erwiderte ein Heimarbeiter: Eben nicht

Berliner Pflanze

Ein Junge vergnügt sich auf der Straße damit, Steine in eine Pfütze zu werfen, so daß die Vorbeigehenden zu einem Umweg gezwungen werden, wollen sie nicht Gefahr laufen, bespritzt zu werden. Kommt ein alter Herr und droht: „Junge, wenn du nicht artig bist, sag' ichs deinem Lehrer, daß er dir mal gründlich die Ohren wärmt.“

„Ich habe ja keinen Lehrer,“ lacht der kleine Frechdachs, „mir lehrt ein Mädchen, un' det kann mir jarnischt!“

Fritzchen treibt sich viel mit anderen Jungen auf der Straße umher.

„Warum liegst du den ganzen Tag auf der Straße?“ fragt ihn die Mutter.

„Wir spielen“, antwortete Fritzchen.

„Mußt du denn immer mit den unartigen Jungen spielen?“ setzt die Mutter ihr Verhör fort. „Kannst du nicht mit artigen Kindern spielen?“

„Ich möchte schon, aber die Eltern von denen wollens nicht erlauben“, war Fritzchens Antwort.

Bei thüringischen Glasbläsern

mehr soviel, sechs bis acht, die geringste Zahl ist drei. Auf meine entsetzte Frage, wieviel Nachwuchs dann früher eine Familie gehabt hätte, kam die Antwort: Na 10, 13, 15! Der Mann hatte selbst sechs Kinder. Als ich ihm empfahl, eine Eheberatungsstelle aufzusuchen, hatte ich den Faden der Unterhaltung zerrissen. Der mich führende Genosse bemerkte trocken, über so unsittliche Dinge dürfe ich bei diesen frommen Leuten nicht sprechen. Außerdem sei ein reicher Kindersegen, ob tuberkulös oder nicht, willkommen, bedeutet er doch für den Familienvater Arbeitskräfte. Es ist fast immer so, daß sich größte Armut mit größter Frömmigkeit paart. Auf einem Arbeitstisch lag der neue Kirchensteuerzettel: 2,50 RM je Vierteljahr!

Aufschlußreich ist auch die politische Zusammensetzung im Gemeinderat: 5 Sozialdemokraten, 5 Kommunisten, 7 Bürgerliche und 2 Nazis. Auf eine Einwohnerzahl von 7000 kommen 1000 Erwerbslose!

Greiner, Müller, Eichhorn, Fritsch, auf diese vier Namen stößt man immer wieder. Kaum daß ein Fremder mal in das Dorf hineingeheiratet hat. Die üblen Folgen dieser Inzucht sind an den Gesichtern der Einheimischen abzulesen. Vielleicht entspringt aber auch aus der Inzucht das feine musikalische Empfinden, das jeder Lauschaer hat. Die Singchöre haben schon mehrmals 1 Preise geholt, außerdem verfügt das Dorf über ein ausgezeichnetes Symphonieorchester. Neben der geschlechtlichen bildet somit die Musik die Hauptfreude dieser Proletarier. Gert Schwitzgebel.

Pantoffelhelden sterben aus

Man brauch sich nur einmal im Bekanotenkreis umzusehen, und man wird die Beobachtung machen, daß es keine Pantoffelhelden mehr gibt. Die Frau von heute will nur in ihrem Reich herrschen. Was sie zur Aufhellung ihres Geistes geführt hat, soll dahingestellt bleiben. Die einen sagen: der Beruf, die anderen: Aufhebung der Horizontgrenzen, womit eine größere Freizügigkeit des Geistes verbunden ist. Erfreulicherweise lehnt es die kluge Frau mit aller Entschiedenheit ab aus ihrem Mann einen Pantoffelhelden zu machen. Ja, man müßte eigentlich das Wort: „Pantoffelheld“ aus dem Sprachgebrauch streichen, und hoffentlich wird es im Laufe der Jahrzehnte geschichtlich werden.

In der Frauenpsyche streiten zwei Extreme. Sie ist herrschsüchtig und hingebend. Sie läßt sich einerseits nicht in die Töpfe gucken, unterdrückt andererseits ihr Machtgefühl dem Manne gegenüber. Wie ein Märchen aus verklungener Zeit mutet uns die Gardinenpredigt an. Wenn man bedenkt, warum sich die Frauen ereiferten, lächelt die Frau der Gegenwart. Der Mann geht auch einmal allein aus, der Gemahl kommt auch einmal in vorgerückter Stunde nach Haus, er geht an den Stammtisch, spielt Skat, verbringt Abende in seinem Verein — furchtbare Verbrechen in früheren Zeiten, selbstverständliche Angelegenheiten von heute. Die Persönlichkeit erlischt nicht, weil sie sich verheiratet hat. Eheleute werden Kameraden, Kamerad wird Freund, dem man sich mitteilt.

Das gemeinsame Leben zwingt zur Anteilnahme an allen Geschehnissen, und die Frau ist zu beklagen, die nur das Gute genießen soll. Nichts bindet so sehr, als wenn sie einen Packer seiner Lebenslasten auf ihren Schultern trägt.

Man kann einander die Wünsche von den Augen ablesen: die tüchtigste Arbeiterin ist zuweilen im Hause gern ein Frauchen, das sich vom Manne gern führen läßt. Er, tagsüber von Nüchternheit und Sachlichkeit umgeben, will in den Ruhestunden ein wenig Romantik. Hierher gehören verwöhnt werden und das Bewußtsein, das ist mein Reich! Seelisch leidet fast jede Frau unter einer Führerrolle, die ihr aufgedrängt wird. Ihr echtes Wesen ist das Empfangen und Geben von Zärtlichkeiten. Wie oft hat ein alltägliches Wort des Mannes zu ehelichen Disharmonien geführt, ein Ausspruch, den Sie sicher auch schon einmal vernommen haben: „Meine Mutter hat das anders gemacht!“

Die Frau von heute kann darüber nicht mehr beleidigt sein, weil der Mann ja nicht nörgeln will. Tausend Kleinigkeiten halten und trennen, führen zur Herrschaft oder zur Unterdrückung. Alles Gewohnte: Kost, Umgangsformen, Sitten gehören dazu. Herz und Verstand weisen ihr bei kleinen und großen Dingen den Weg zur Sorge um den geliebten Mann. Intelligenz und Objektivität des Mannes würdigen das Gebotene dankbar. Ausgleich! So ist es, wer könnte daran zweifeln! Wie könnte sonst der Pantoffelheld im Aussterben begriffen sein?

Und zur Erläuterung etwas Geschichtliches: Früher versuchten die Neuermählten durch ein symbolisches Zeichen zu erfahren, wer die Herrschaft im Hause übernehmen wird. Bei einem bestimmten Schritt sollten die Eheleute einander den Pantoffel vom Fuß streifen. Wer ihn verlor, kam unter seine Herrschaft. Diese Sitte ist verschwunden und damit das Symbol. Es gibt keine Pantoffelhelden mehr — auch keine weiblichen. Hedda Vischer.



Sozialpolitik

Zur geplanten Verwaltungsreform

Ersparnisse im Reichshaushalt sollen erzielt werden durch eine Reform der Sozialversicherung. Diese „Reform“ kennen wir schon durch die Notverordnungen vom 27. Juli 1930. Wie uns eine hohe Obrigkeit hat wissen lassen, soll dies nur einen Teil der geplanten Maßnahmen darstellen. Über das Kernstück dieser Reformpläne gibt Auskunft die Reichstagsdrucksache 1654, wo es unter Ziffer 8 heißt: 8. Vereinigung des äußeren Verwaltungsapparates für sämtliche sozialen Aufgaben (Invalidenversicherung, Kriegsversorgung, Arbeitslosenversicherung und allgemeine Wohlfahrtspflege).

Die Gewerkschaften haben immer wieder eine Vereinheitlichung der Sozialversicherung angestrebt. Noch auf der letzten Tagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1928 wurde eine Beseitigung der unfruchtbaren Zersplitterung gefordert. Irgendein Erfolg war nicht zu verzeichnen, eher war die entgegengesetzte Tendenz zu beobachten. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände lehnte in ihrer Denkschrift „Die Reform der Sozialversicherung eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes“ eine Zusammenfassung der Träger der Krankenversicherung entschieden ab und verlangt die Errichtung berufsständiger Kassen. Anstatt Vereinheitlichung, weitere Zersplitterung.

Wie buntscheckig das Organisationsbild der deutschen Sozialversicherung ist, kann aus nachfolgendem ersehen werden: Einander wesensgleiche Aufgaben werden erfüllt von 7426 Trägern der Krankenversicherung in fünf verschiedenen reichsgesetzlichen Kassenarten, ohne Sees- und Ersatzkassen, 620 Trägern der Unfallversicherung, darunter viele leistungsschwache Gebilde, 36 Trägern der sonstigen reichsgesetzlichen Renten einschließlich Angestelltenversicherung.

Wie nun aus Ziffer 8 der erwähnten Reichstagsdrucksache hervorgeht, ist eine Reform der Invalidenversicherung ausschließlich Angestelltenversicherung geplant, obwohl gerade dieser Zweig der Sozialversicherung die verhältnismäßig kleinste Zahl an Versicherungsträgern und eine verhältnismäßig billige Verwaltung hat. Man kommt den Dingen jedoch näher, wenn die Erläuterungen und Begründungen in der Anlage zu dieser Reichstagsdrucksache einer näheren Einsicht unterzogen werden. Hier heißt es, daß „die Reichsarbeitsverwaltung, die Reichsversicherungsverwaltung und die Reichsvorsorgungsverwaltung — in der Mittelinstanz mit der Landesverwaltung und in der örtlichen Instanz mit den Landes- oder Kommunalbehörden enger als bisher verbunden“ werden soll. Zur Beseitigung der Doppelarbeit und der parallelen Geldbewilligung sind die Sozialversicherungsträger in die gemeinsamen Verwaltungen einzubeziehen, denn „die Landesversicherungsanstalten entwickeln mehr und mehr den bei weitem größeren Teil ihrer Tätigkeit nicht in Versicherung und Rentengewährung, sondern in Aufgaben der Wohlfahrtspflege, und zwar in der Durchführung der gleichen Aufgaben für die versicherte Bevölkerung, die für die gesamte Bevölkerung von den Landes- und Kommunalbehörden durchgeführt wird“. Das heißt auf gut deutsch, daß die Verkoppelung der Invalidenversicherung mit der Verwaltungsreform eine Entlastung der Wohlfahrtspflege und der Kriegsbeschädigtenfürsorge zum Ziele hat. Also Verbilligung anderer Verwaltungen auf Kosten der Invalidenversicherung. Zur Durchführung dieser Aufgaben müßten neben den Zahlstellen in Ländern oder Provinzen örtliche Vertretungen geschaffen werden, also weitere Zersplitterung. Schon heute werden die Fürsorgetats der Gemeinden weitgehendst entlastet durch die großzügige Übernahme von reinen Wohlfahrtsaufgaben durch die Träger der Invalidenversicherung. Auch das Gesetz vom 12. Juli 1929, wonach aus Versicherungsverhältnissen, die vor dem Jahre 1912 bestanden, auch wenn die Beiträge zurückerstattet wurden, Rentenbezüge gefordert werden können. Hierdurch findet eine Übernahme der Fürsorgekosten durch die Invalidenversicherung von jährlich 10 Millionen statt. Nicht entschieden genug können die Gewerkschaften gegen derartige Pläne Front machen. Eine solche Regelung käme einer Sonderbesteuerung der Arbeiter zur Erfüllung fürsorglicher Aufgaben der öffentlichen Verwaltung gleich.

Will man wirklich eine Rationalisierung der Verwaltung durchführen, dann nicht zu Lasten der Sozialversicherung. Uns dünkt, daß es wirksamere Maßnahmen als ein Herunkurieren an Nebensächlichkeiten gibt. Unsere Forderungen lauten: Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung durch Schaffung leistungsfähiger großer Versicherungsträger und Vereinheitlichung der Verwaltung im Zusammenhang mit den übrigen Sozialversicherungen. Ferner Durchführung einer wirklichen Selbstverwaltung unter Erfüllung der im Artikel 161 der Reichsverfassung gegebenen Zusage (maßgebende Mitwirkung der Versicherten). Es geht nicht, daß die leitenden Beamten der Anstalten ihre Bezüge aus den Beiträgen der Versicherten und Unternehmer erhalten, die Wahl und Anstellung dieser Beamten aber alleiniges Recht des Gemeindeverbandes ist. Als ein bescheidener Anfang zur Vereinheitlichung kann die Schaffung der Reichsarbeitsgemeinschaft der Sozialversicherungsträger angesprochen werden. Auch eine Verständigung und das Zusammenwirken mit den Kommunen und den Kommunalverbänden ist anzustreben, um ein Neben- und Gegeneinanderarbeiten zu verhüten. Jede Vereinheitlichung und Rationalisierung der Sozialversicherung durch zu innige Verwicklung von Versicherung und Fürsorge ist abzulehnen. Die Inanspruchnahme von Mitteln aus Beiträgen hat in der Hauptsache zu Versicherungszwecken zu erfolgen. Im übrigen wird es höchste Zeit, daß sich unsere Politiker zur Einsparung von Mitteln ein anderes Gebiet vornehmen, als gerade die Sozialversicherung. Denn einschneidende Ersparnisse sind auf anderen Gebieten zu machen. W. H.

Das Recht auf die Invalidenkarte

Solange die Invalidenversicherung besteht, wollen die Streitigkeiten nicht schwinden, und die Arbeitsgerichte haben sich vielfach mit Streitereien zu befassen, bei denen es sich um die Invalidenversicherung, genauer genommen um die Invalidenkarte handelt.

Es ist heute bei den meisten Arbeitsverhältnissen üblich — aber keineswegs gesetzlich vorgeschrieben, daß der Arbeiter dem Unternehmer die Invalidenkarte bei Beginn des Arbeitsverhältnisses übergibt. Würde das nicht geschehen, so wäre es notwendig, daß der Arbeiter die Karte in kürzeren oder längeren Zeiträumen zum Nachleben der Marken vorlegt. Das wäre natürlich ganz unpraktisch, zeitraubend und würde die Verlustgefahr für die Karte steigern. Nun glauben aber zahlreiche Unternehmer, daß der Arbeiter die Karte erst bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses zurückfordern dürfe. In Wirklichkeit aber besteht zwischen den Beteiligten nur ein Verwahrsungsvertrag, der den Arbeiter ebenfalls berechtigt, jederzeit die Herausgabe der hinterlegten Karte zu verlangen. Wenn der Unternehmer glaubt, triftigen Grund zur Entlassung eines Arbeiters zu haben, so behält er oft die Karte zurück, ganz besonders natürlich dann, wenn er Schadenersatzansprüche gegen den Arbeiter geltend machen will. Er ist der Meinung, dadurch einen gewissen Druck ausüben zu können. Das ist falsch. Der Unternehmer darf dem Arbeiter die Herausgabe der Invalidenkarte unter keinen Umständen verweigern. Dabei ist es vollkommen gleichgültig, welcher Grund zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses geführt hat. Es besteht kein Zurückbehaltungsrecht an der Invalidenversicherungskarte des Arbeiters, und ein solches Recht kann auch durch keinerlei Rechtsgründe herbeigeführt werden.

Mitunter trifft man die Anschauung, daß die Aushändigung der Karte an den Arbeiter auch auf dessen Verlangen nicht zu erfolgen brauche, wenn der Unternehmer noch Lohn zu zahlen hat oder wenn der letzte Lohnzahltag noch nicht herangekommen sei. Auch das ist unrichtig.

Hat sich der Unternehmer die Karte vom Arbeiter aushändigen lassen, damit er seiner Versicherungspflicht genügen kann, so verweigert er die Herausgabe häufig mit der Begründung, er müsse erst noch diese Pflicht erfüllen. Aus diesen Gründen darf er aber die Herausgabe nicht verweigern, sondern der Arbeiter hat Rechtsanspruch auf jederzeitige Herausgabe. In solchen Fällen hat der Unternehmer die Karte zunächst heraus-

betragt.) Neben anderen Voraussetzungen ist zum Erhalt der Krisenunterstützung notwendig, daß der Arbeitslose mindestens 13 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Findet dann der Erwerbslose wieder Beschäftigung, so kann er nach Aufhören derselben Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, und zwar dann, wenn sich aus dieser Beschäftigung und der Beschäftigungszeit vor dem Erhalt der Krisenunterstützung die Anwartschaftszeit zur Arbeitslosenversicherung ergibt. Dies soll angeblich nach der Meinung der Gesetzgeber ein Mißstand sein, dieser ist nun auch durch die oben erwähnte Verordnung abgeschafft worden. In der Begründung zum Entwurf der Notverordnung heißt es hierüber erläuternd: „Es ist nun ein verhältnismäßig häufiger Fall, daß ein Arbeitsloser zunächst nur eine Anwartschaftszeit von 13 Wochen nachweisen kann, daraufhin Krisenunterstützung bezieht und im Anschluß daran wieder so lange eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausübt, daß er zusammen mit den Beschäftigungszeiten die vor der Krisenunterstützung liegen, die Anwartschaftszeit von 26 oder 52 Wochen erfüllt hat, die nach § 95 für die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung vorgeschrieben ist. In einem solchen Falle ist der Arbeitslose berechtigt, die versicherungsmäßige Unterstützung zu beziehen, ungeachtet des Umstandes, daß er die versicherungspflichtige Beschäftigung, die vor der Krisenunterstützung lag, bereits für die Anwartschaft auf die Krisenunterstützung benutzt hat. Es kann dann vorkommen, daß mit Hilfe ein und derselben Anwartschaftszeit von 26 Wochen zunächst für 26 Wochen Krisenunterstützung, dann für 26 Wochen versicherungsmäßige Unterstützung und schließlich wieder für 39 Wochen Krisenunterstützung bezogen wird. Einer Beschäftigungszeit von 26 Wochen steht in solchen Fällen eine Unterstützungszeit von 91 Wochen, also von dreieinhalbmaliger Dauer gegenüber. Handelt es sich um Arbeitnehmer, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, so kann die Dauer der Krisenunterstützung noch um 13 Wochen verlängert werden, so daß sich eine Gesamtdauer der Unterstützung von 104 Wochen, also dem Vierfachen der Anwartschaftszeit, ergibt. Bei einem Beitragssatz von 3 1/2 vH des Arbeitentgeltes betragt die Summe der Unterstützungen, die der Arbeitslose auf diese Weise, wenn auch überwiegend aus öffentlichen Mitteln, erhält, im ersten Falle rund das Fünfundvierzigfache der Beiträge, die für denselben eingezahlt worden sind, im letzteren Falle mehr als das Fünzigfache.“

Diese Begründung führte dazu, daß folgende Bestimmung geschaffen wurde: „Ist einem Arbeitslosen Krisenunterstützung nach § 101 Abs. 2 Nr. 1 gewährt worden, so mindert sich die Höchstdauer seiner versicherungsmäßigen Unterstützung um die Zahl der Tage, für die er die Krisenunterstützung bezogen hat, sofern die Anwartschaftszeit, auf Grund deren er die Krisenunterstützung bezogen hat, für die Anwartschaft auf die versicherungsmäßige Unterstützung ganz oder teilweise benötigt wird.“ Es findet demnach eine Anrechnung der Zeit der Krisenunterstützung auf die Zeitdauer der Arbeitslosenunterstützung statt. Es kann und darf dies jedoch nicht immer geschehen. Die Anrechnung ist vielmehr nach dem Wortlaut des Gesetzes nur dann statthaft, wenn für die Anwartschaftszeit zur regulären Arbeitslosenunterstützung die Anwartschaftszeit, die zur Krisenunterstützung führte, mit berücksichtigt wurde. Ist dies nicht der Fall, darf eine Anrechnung nicht stattfinden. Kl.—s.

BRÜDER ZUR SONNE!

Ich will das Herrlichste. Das Herrlichste für dich und für mich. Für alle an allen Orten. Und keine Grenze soll dem Wachsen zum Herrlichsten sein!

Wer vom großen und starken Sehnen zu solchem Ziele durchdrungen, der fühlt es, wie recht Lavater hatte, wenn er der Sehnsucht nach dem Besten die unaufhörliche Veredelung der Seele zugesprochen hat. Ein Ideal muß uns leuchten im Kampf. Wir müssen das Größte kennen, das Menschen zu schaffen möglich ist. Und selbst in der bescheidensten Seele regt sich etwas von Kraft und von Ehrfurcht, und stolzer Bescheidenheit, und Willen und Harren, und zähem Bewußtsein, daß solch Großes einmal wird.

zugeben und kann sodann vom Arbeiter die Vorlegung zum Einkleben und Entwerten der Marken fordern. Dem Arbeiter muß angeraten werden, dieser Pflicht nachzukommen, da der Unternehmer andernfalls berechtigt ist, die Karte durch die Polizei mit Anwendung von Zwangsstrafen einziehen zu lassen. Auch darf er, wenn der Arbeiter die Karte verweigert, auf dessen Kosten eine neue Karte ausstellen lassen, die er vom Lohn kürzen darf.

Alle diese Ausführungen beziehen sich nur auf die Fälle, in denen der Arbeiter die Aushändigung der Karte vom Unternehmer oder dessen dafür zuständigen Beauftragten ausdrücklich verlangt hat. In der Regel muß der Arbeiter das Verlangen auf Herausgabe der Invalidenkarte im Geschäftslokal oder in der Wohnung (wenn ein besonderes Geschäftslokal nicht vorhanden ist) des Unternehmers stellen, wenn nicht besondere Umstände vorliegen. Trifft der Arbeiter aber seinen Unternehmer gelegentlich auf der Straße und er würde an ihn bei dieser Gelegenheit das Verlangen auf Aushändigung der Karte stellen, so braucht der Unternehmer die Karte nicht herauszugeben. Nach dem Gesetz liegt eine Zurückhaltung dann nicht vor, wenn der Arbeiter das Verlangen nicht in wirksamer Weise gestellt hat, und das Verlangen auf der Straße gilt eben nicht als rechtswirksam.

Wenn der Unternehmer dennoch die Herausgabe der Invalidenkarte verweigert, so hat der Arbeiter verschiedene Möglichkeiten, zu seinem Recht zu gelangen:

1. Der Arbeiter hat einen zivilrechtlichen Anspruch auf Herausgabe der Karte, den er beim Arbeitsgericht einklagen kann. Es stehen oft recht hohe Schadenersatzansprüche auf dem Spiele. Der Arbeiter erhält vielleicht längere Zeit keine Arbeit, weil er nicht im Besitze der Invalidenkarte ist. Für den Lohnausfall haftet der Unternehmer dem Arbeiter in vollem Umfange.
2. Auch eine Vertragshaftung des Unternehmers bei unberechtigter Zurückbehaltung der Invalidenkarte ist anzunehmen.
3. Die Reichsversicherungsordnung gibt dem Arbeiter die Möglichkeit, Schadenersatzansprüche auf Grund des § 1525 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung geltend zu machen.

In den meisten Fällen sind die zahllosen sinnwidrigen Streitereien um die Invalidenkarte, die Zeit, Geld und Nerven kosten, auf Unkenntnis zurückzuführen. Dem Arbeiter bleibt vorzuziehen, die Möglichkeit, mit ruhiger Entschiedenheit auf die Rechtsfolgen hinzuweisen. Nützt dies nichts, dann müssen allerdings die dazu berufenen Stellen für ihn eintreten. Wi.—Ha.

Anrechnung von Krisenunterstützung auf Arbeitslosenunterstützung

Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 hat bekanntlich einschneidende Änderungen in der Arbeitslosenversicherung gebracht. Eine dieser Änderungen oder Verschlechterungen ist leider in der Öffentlichkeit noch nicht genügend bekannt, so daß sie immer kurz eingegangen sei.

Nach § 101 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes können Arbeitslose, die die Anwartschaft zum Erhalt der Arbeitslosenunterstützung noch nicht erfüllt haben, Krisenunterstützung beziehen. (Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß die Anwartschaft zur Arbeitslosenunterstützung 52 bzw. 26 Wochen

Wie hoch ist das Krankengeld des ausgesteuerten Arbeitslosen?

§ 118 Abs. 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) bestimmt, daß, wenn ein Arbeitsloser aus der Krankenversicherung ausscheidet, weil er keine Arbeitslosenunterstützung mehr bezieht, ihm dann die Ansprüche aus § 214 der Reichsversicherungsordnung (RVO) in derselben Weise zustehen, wie wenn er wegen Erwerbslosigkeit ausgeschieden wäre.

§ 120 AVAVG lautet: Als Krankengeld wird derjenige Betrag gewährt, den der Arbeitslose als Arbeitslosenunterstützung erhielt, wenn er nicht erkrankt wäre.

Was besagt der § 214 der RVO? In seinem Absatz 1 schreibt er vor: Scheiden Versicherte wegen Erwerbslosigkeit aus, die in den vorangegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen versichert waren, so verbleibt ihnen der Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt.

Über die Auslegung vorgenannter gesetzlicher Bestimmungen bestand jedoch keine Klarheit, obwohl ihr Wortlaut keineswegs geheimnisvoll ist.

Strittig war, ob ein ausgesteuerter Arbeitsloser, der gemäß der §§ 118 Abs. 2 AVAVG und 114 Abs. 1 RVO von seinem zustehenden Rechte im Falle der Erkrankung innerhalb drei Wochen nach der Aussteuerung Gebrauch macht, neben den Sachleistungen aus der Krankenversicherung auch Anspruch auf Krankengeld hat und in welcher Höhe.

Mit der Auffassung, daß, da es in der Zeit nach der Aussteuerung an einer Hauptunterstützung fehle, auch kein Krankengeld gezahlt werden könne, hat bereits die grundsätzliche Entscheidung 3649 II des Reichsversicherungsamts (AN für Reichsversicherung 1930 S. IV 71) aufgeräumt und als abwegig widerlegt. Es steht also fest, wenn der Ausgesteuerte innerhalb drei Wochen nach der Aussteuerung erkrankt, er auch noch Anspruch auf Krankengeld hat.

In der Entscheidung II a Kn 14/30/2 des Reichsversicherungsamts („Die Knappschaft“ 1930 S. 134) ist nun die Frage geklärt worden, in welcher Höhe dem ausgesteuerten Arbeitslosen Krankengeld zu zahlen ist.

Jene Entscheidung vertritt die Auffassung, daß der Arbeitslose, wenn er erkrankt und arbeitsunfähig wird, weder einen Vorteil erzielt, noch einen Nachteil erleidet. Die Höhe des Krankengeldes soll daher in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung liegen. Das Krankengeld ist bei einer Aussteuerung des Arbeitslosen in dem Maße genau so hoch zu bemessen, als wenn die Erkrankung noch vor der Aussteuerung eingetreten wäre. Nur eine solche Entscheidung entspricht nach der Auffassung des Reichsversicherungsamts dem Willen des Gesetzgebers.

Also, ein ausgesteuerter Arbeitsloser erhält das Krankengeld, wenn er innerhalb der drei Wochen nach der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung erkrankt, in der Höhe, wie er vorher die Arbeitslosenunterstützung bekommen hat.

Sollte eine Krankenkasse von diesem Grundsatz der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts abweichen, ist dagegen, gestützt auf obige Entscheidungen, sofort anzugehen. Z. P.

Dem Unorganisierten

Ein Mann mag aus Sparsamkeit eine Warze im Genick als Knopf benutzen, seine Uhr bei Nacht stehen zu lassen, um sie weniger abzunutzen, er mag das „i“ ohne Punkt und das „k“ ohne Strich schreiben, um Tinte zu sparen, er mag das Grab seiner Frau mit Kartoffeln bepflanzen, um daraus Nutzen zu ziehen; das kann er halten, wie er will — er ist noch immer ein anständiger Mensch im Gegensatz zu dem, der die Früchte, die die Arbeit der Organisation bringt, einsteckt, ohne ihr anzugehören.



Verbandsleben



Stenkragen und Arbeitsbluse

Seit langem bestreben sich die Gewerkschaften, Angestellte und Arbeiter zur wahren Brüderlichkeit zu vereinen. Trotz großer Bemühungen stößt eine Verständigung immer noch auf Schwierigkeiten. So kommt es, daß beide Gruppen geistig und auch organisatorisch getrennt sind. Der gute Wille zur Verständigung ist bei der Arbeiterschaft stets vorhanden gewesen. Dieser gute Wille wurde aber von den Angestellten geflissentlich überschauen. Sie geben zu viel aufs Äußere. Allzugroße Vertrauensseligkeit gegenüber der Angestelltenschaft hat dem Arbeiter schon manche Stockschläge eingebracht. Ein typisches Beispiel ist der Zeitnehmer. Mit freundlichen Worten nähert er sich seinem Opfer, zieht ihm die Würmer aus der Nase, unterbreitet dann der Betriebsleitung seine Erfolge und zeigt — vielleicht unbewußt — wie das Hetztempo (bei den andern) erneut gesteigert werden kann.

Die Unternehmer verstehen es, durch bessere Behandlung, geringfügige Zuwendungen die Klassengegensätze zu unterstreichen. Gewiß hat, trotz der Reichsverfassung, eine ungleiche Bewertung des Staatsbürgers in Sachen der Angestelltenversicherung Platz gegriffen. Die Vorteile sind den Angestellten zu gönnen. Sie dürften jedoch keinen Anlaß geben, die Kluft gegenüber der Arbeiterschaft zu erweitern. Beschämend ist es nur, daß selbst Arbeiter, wenn sie „aufrücken“, sich häuten und ihre einstigen Kollegen preisgeben. Durch sie bekommt nicht selten die Profitwirtschaft neuen Auftrieb.

Wissen und Können sind gewiß etwas Gutes. Man darf aber nicht vergessen, daß das Wissen zum größten Teil von anderen Menschen stammt. So ist es zum Beispiel offensichtlich, daß man von 60 Drehern und Schlossern, die man beaufsichtigt und denen man zusieht, allherhand lernen kann. Verkehrt ist es aber, wenn man mit den beobachteten neuen Arbeitsweisen bei der Betriebsleitung kreben geht und als eigene Geistesblitze betont. Im Kopfe des Betriebsleiters formen sich solche Mitteilungen selbsttätig in Akkordkürzungen um. Der Arbeiter, der unter Einsatz hoher Geistesarbeit dem Hetztempo einen kleinen Bruchteil der Schärfe nahm, sieht sich dadurch bestohlen und verkauft.

Schöner wird noch die Geschichte, wenn die Firma, um gute Gedanken für die Fabrikation nutzbar zu verwerten, eine Art Preisausschreiben veranstaltet. Die einlaufenden Vorschläge und praktischen Verbesserungen werden dann auch kärglich belohnt. Zuweilen erhalten auch Untergebene einen Preis. Das wurmt dem Vorgesetzten. Verletztes Ehrgefühl sinnt auf Rache. Eines schönen Tages steht der Preisgekrönte draußen. Er hatte es verabsäumt, seine guten Gedanken dem unmittelbaren Vorgesetzten zu unterbreiten. So war es demselben unmöglich geworden, selbst schöpferisch bei der Betriebsleitung vorstellig zu werden. Man sagt, mit seiner Hände Arbeit sei noch niemand etwas geworden. In der Tat wird ein viertelstündiger Zungenschlag höher gewertet als zwei Jahre Präzisionsarbeit.

Dem Arbeiter ist die Grundeinstellung des Kapitalisten von Kindesbeinen an geläufig. Nicht so dem Angestellten. Er glaubt noch oft, zur Familie des Unternehmers zu gehören, bis auch er durch Entlassung und Stillelegung zu fühlen bekommt, welchen Platz er im kapitalistischen System einnimmt.

Vom wahren gegenseitigen Verstehen sind Arbeiter und Angestellte mancherorts noch weit entfernt. Zum Überbrücken der Gegensätze errichtet der Arbeiter den ersten Stropfweber. Es liegt an unserem besseren Bruder auf der Gegenseite, das gleiche zu tun. **Didelo.**

Vorstandssitzung des IGB

Am 30. September und 1. Oktober war in Amsterdam der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beisammen. Er beschäftigte sich zunächst mit der Wahl eines neuen Generalsekretärs und mit der Übersiedlung des Sekretariats nach Berlin. Der von den führenden Landeszentralen als einziger Kandidat vorgeschlagene Untersekretär Schevenels wurde einstimmig zum Generalsekretär gewählt und wird sein Amt antreten, sobald der jetzige Generalsekretär Sassenbach abtreten kann. Im Hinblick auf die Wahl eines neuen Untersekretärs sollen die Landeszentralen ersucht werden, bis zum 1. Dezember Vorschläge einzusenden, wonach die Wahl in der nächsten am 9. und 10. Dezember in Amsterdam stattfindenden Vorstandssitzung vorgenommen werden wird. Wenn irgend möglich, soll der zu wählende Untersekretär am 1. Januar 1931 sein Amt antreten. Generalsekretär Sassenbach hat indessen der Aufforderung des Vorstandes zugestimmt, so lange in seiner Stelle zu verbleiben, bis der Antritt erfolgen kann. Die Übersiedlung nach Berlin wurde auf den 1. Juli 1931 festgesetzt.

In bezug auf die Beschlüsse des Stockholmer Kongresses betraf die wirtschaftlichen Richtlinien des IGB wurde zur Prüfung gemeinsamer Gesichtspunkte die Einsetzung einer aus je vier Vertretern der SAI und des IGB sowie einigen Sachverständigen bestehenden Kommission beschlossen. Im Anschluß hieran befaßte sich der Vorstand sehr eingehend mit der Frage der Arbeitslosigkeit und beschloß die Einsetzung einer besonderen gemeinsamen Kommission, die aus je fünf Vertretern der SAI und des IGB sowie einigen Sachverständigen zusammengesetzt sein soll. Diese Kommission soll ihre erste Tagung am 27. 28. und 29. Oktober in Köln abhalten. Die Aufgabe der Kommission geht dahin, zu untersuchen, welche Maßnahmen gegen die schmerzhaft zunehmende Arbeitslosigkeit ergriffen werden können und außerdem die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Abhaltung einer Weltkonferenz zur Behandlung dieses Problems zu prüfen. Es wurde der Arbeitsgruppe des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes nahegelegt, der nächsten Tagung des Verwaltungsrates folgende Resolution zu unterbreiten:

„Im Hinblick auf die gegenwärtige Arbeitslosenzustände die eine Folge der Überindustrialisierung, der Einengung der Absatzmärkte und des Überkonsums ist, ersucht der Internationale Gewerkschaftsbund das Internationale Arbeitsamt, eine Erhebung über die gegenwärtige Lage zu unternehmen, um die Möglichkeit der Durchführung der 44-Stundenwoche und der Einführung von Ferien für die Arbeiter zu prüfen. Die Erhebung

soll sich besonders auf nachstehende Punkte erstrecken: Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt; Rohstoffe, Fertigfabrikate, Kapital und Arbeitslosenversicherung.“

In der Frage der Kriegsbeimachtung, der Abrüstung und des Friedenspaktes beschloß der Vorstand, der von der SAI eingeleiteten Antikriegsaktion zuzustimmen und diese Aktion in jeder Weise zu unterstützen. Außerdem wurden die Sekretäre der beiden Internationalen beauftragt, alle Möglichkeiten der Aktion auf diesem Gebiet zu prüfen und später hierüber Bericht zu erstatten.

Eine sehr ausführliche Debatte entspann sich bei der Behandlung der Frage der Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie. Es wurde die Beteiligung des IGB an der Speisung und Verwaltung des Matteotti-Fonds der SAI beschlossen und für diesen Fonds eine Summe von 10.000 Gulden bewilligt.

Die neue Internationale der Maschinisten und Heizer wurde vom Vorstand anerkannt.

Bei verkürzter Arbeitszeit hat der Lehrling seinen vollen Lohn zu beanspruchen

Die Unternehmer und Lehrherren versuchen, den Lehrlingen bei verkürzter Arbeitszeit nur Teilbeträge des Lohnes zu geben. Hat nun der Unternehmer das Recht, den Lohn zu kürzen? — Mit dieser in der jetzigen Krisenzeit wichtigen Frage beschäftigte sich das Reichsarbeitsgericht. Der Kläger A. war vom 1. April 1926 bis 31. Oktober 1929 Lehrling bei der Firma Kirchner in Leipzig zur Erlernung des Dreherhandwerks. Er erhielt im letzten Jahre eine der tariflichen Regelung entsprechende Stundenvergütung von 32 Pf. Die regelmäßige Arbeitszeit bei der Beklagten betrug 48 Stunden in der Woche. Vom 3. September 1929 an führte die Beklagte Kurzarbeit ein, indem sie nur drei Tage in der Woche arbeiten ließ. Dementsprechend erhielt auch der Kläger seitdem nur Vergütung für 24 Stunden in der Woche. Der Kläger ist Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und ließ durch seine Organisation Klage erheben. Er verlangt die regelmäßige Stundenvergütung, denn er sei zur Arbeitsaussetzung von 24 Stunden genötigt worden.

Das Landesarbeitsgericht hat nach Klageantrag erkannt. Damit gaben sich die Metallindustriellen nicht zufrieden; sie verlangten mit der Revision Aufhebung des vorinstanzlichen Urteils und Abweisung der Klage.

Das Reichsarbeitsgericht wies die Revision als unbegründet zurück. Es habe die Frage zu prüfen gehabt, welche Ansprüche der Kläger bei Kurzarbeit hat. Nach dem Lehrvertrag war die Beklagte verpflichtet, den Lehrling 48 Stunden zu beschäftigen. Der Lehrvertrag sei nicht geändert worden und habe Rechtsgültigkeit. Konnte die Beklagte den Kläger aber nicht voll beschäftigen, so hätte sie ihn trotzdem so entschädigen müssen, als wie bei unverkürzter Arbeitszeit. Der Kläger habe somit den vollen Lohn zu beanspruchen. (RAG 124/30.)

Jubilärfest in Loitz

Am 4. Oktober feierte die Verwaltungsstelle Loitz das 25-jährige Jubiläum des Kollegen Heinrich Kuttke. Zu diesem Zwecke war der Bezirksleiter W. Schmidt (Stettin) erschienen, der die Festansprache hielt. In kurzen Worten erklärte er den Anwesenden den Werdegang des DMV und dankte dem Jubilar für seine Treue, in der Hoffnung, daß er noch recht lange an unseren Bestrebungen teilnehmen möge. Die Ortsverwaltung überreichte dem Jubilar die Urkunde. Dann noch ein recht gemütliches Zusammensein der Kollegen.

Männerkurs in Tinz

Die Heimvolkshochschule in Tinz ladet zur Teilnahme an ihrem fünfzehnten Männerkurs ein. Die Lehrfächer sind: Wirtschaftslehre, Geschichte, Psychologie und Kulturlehre, Staatslehre und Staatsrecht, Gewerkschaftswesen, Arbeitsrecht, Erziehungsfragen. Aufnahme finden Bewerber im Alter von 18 bis 30 Jahren, die keine höhere als Volksschulbildung genossen haben. Die Bewerber haben einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem neben den allgemeinen Daten über Alter, Staatszugehörigkeit, Berufsbildung usw. der Bildungsgang und der Zweck, der mit dem Besuch der Schule angestrebt wird, hervorgeht. Ferner ist ein Aufsatz abzuliefern, über den den Bewerbern von der Schulleitung nähere Mitteilung gemacht wird.

Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung inbegriffen sind (Bettwäsche mitbringen), beträgt für den ganzen Kurs für Thüringer 150 M., für die übrigen Reichsdeutschen 180 M., für Ausländer 200 M. Das Schulgeld ist bei Kursbeginn zu entrichten. Hierzu tritt die Verpflichtung, durch regelmäßigen Arbeitsdienst (sechs Stunden wöchentlich) an der Erhaltung der Schule mitzuarbeiten.

Der Kurs beginnt am 15. Januar und dauert bis 15. Juni 1931. Die Bewerbungen sind bis 25. Oktober 1930 einzureichen. Die Entscheidung des Lehrerkollegiums über die Aufnahme erfolgt Mitte November 1930. Anfragen und Bewerbungen ist Rückporto beizufügen.

SPRACHECKE

Der Strich. Der Strich im eigentlichen Sinne ist eine — waagerechte, senkrechte, schräge — Linie von kleinerer oder größerer Länge. In unserm Leben, aber auch in unserer Sprache und Schrift spielt er eine große Rolle. Die Satzzeichen bestehen zum Teil aus Strichen: dem Beistrich, dem Punktstrich oder Strichpunkt und dem Ausrufzeichen. Unentbehrlich ist der Gedankenstrich als Pausenzeichen zum kurzen Stocken vor Überraschungen; sonst verbirgt sich hinter ihm aber meistens eine Gedankenleere. Wir haben noch den Bindestrich, den Schrägstrich (bei Hausnummern, zum Beispiel Nollendorferstraße 13 14, besser jedoch der waagerechte Strich —), zwei Striche = bei Silbentrennung, wenn man ein mehrsilbiges Wort über zwei Zeilen verteilen muß, auch die Anführungsstriche („Gänsefüßchen“). Alles das sind nur kurze Striche. Länger ist der Strich in der Zeitung, unter dem manches steht, was manche Leute für unwichtig halten. Indem man durch ein Wort oder mehrere einen Strich macht, sie durchstreicht, filgt man sie. Krämer und Handwerker machen einen Strich durch die Rechnung, wenn der Schuldner zahle oder von ihm nichts zu haben war.

Etwas andres ist es aber, wenn einem ein andrer einen Strich durch die Rechnung macht, und doch kommt es auf dasselbe hinaus. Dann hat uns eben der, von dem wir etwas erwarteten, einen bösen Strich gespielt. Als Schüler haben wir zuweilen Striche mitunter sogar dumme Striche gemacht, wie Max und Moritz, namentlich dann, wenn wir sonst keinen Strich getan hatten, wofür es öfters Striche gab. Wenn man einen Ausflug unternehmen will, kann der Himmel, das Wetter einen Strich

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 19. Oktober, ist der 43. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. Oktober 1930 fällig.

Der 19. Verbandstag in Berlin hat eine neue Beitragsklasse 3b mit dem Wertausdruck 364 auf der Beitragsmarke beschlossen. Diese Klasse 3b gilt für invalide ausgesteuerte und nichtbezugsberechtigte Mitglieder, die Anspruch auf Invalidenunterstützung erwerben wollen. Die neue Beitragsmarke kommt ab 40. Beitragswoche (28. September 1930) zur Verwendung.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zu nächst an die Ortsverwaltung wenden.

Ausgesch'ossen wird nach § 22 des Statuts

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Halle a. S.:
Der Schmied Bruno Neumann, geb. am 19. März 1902 zu Görlitz, Mitgliedsbuch Nr. 5843342, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Für nicht wiederaufnahmefähig wird erklärt

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Halle a. S.:
Der Dreher Kurt Stolze, geb. am 4. August 1903 zu Halle a. S., Mitgliedsbuch Nr. 6560228, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6560497, lautend auf den Schmied Franz Freitag, geb. am 4. September 1903 zu Basdorf (Köthen).

Berlin SW 68, Alte Jakobsstraße 148

Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

von Carosierarbeitern aller Branchen nach Basel St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Hameln A.;
von Metallrücken nach St. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.;
von Silberarbeitern nach Burgdorf Hann. A. u. St.
von Weilarbeitern nach Bodenwerder bei Hameln A.

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v St = Streik im Sicht; St = Streik; M = Maßregelung; Mi = Mißstände; A = Aussperrung

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse

der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)
Hamburg, Rothenbaumchaussee 20

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat September:

Krankenkasse:	
Einnahmen	83 011,33
Ausgaben	40 320,64
Mehreinnahmen	42 690,69
Kassenbestand am 1. September 1930	1 678 567,79
Kassenbestand am 30. September 1930	1 721 258,48

Sterbekasse:	
Einnahmen	28 728,72
Ausgaben	22 283,05
Mehreinnahmen	6 445,67
Kassenbestand am 1. September 1930	1 560 910,24
Kassenbestand am 30. September 1930	1 567 355,91

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfall vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer guten Zuschußkasse dringender denn je, denn der bei den Pflichtkassen erfolgte Abbau kann nur durch die Leistungen der Zuschußkassen wieder ausgeglichen werden. Im Jahre 1850 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungsstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsstellen jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)“, Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.“

Hamburg, im Oktober 1930. Der Vorstand

spielen, einen Strich durch unsre Rechnung machen. Das geht uns gegen den Strich. Das ist eine Redensart, die zunächst in bezug auf die Richtung von Haaren, Fasern usw. gebraucht wird; man darf den Hut nicht gegen den Strich bürsten. Manches kann uns sogar über den Strich gehen, das heißt über den Meßstrich, der die Grenze bezeichnet. Man kann jemand auf dem Strich haben, das heißt ihn scharf ins Auge fassen, man kann aber auch selbst auf dem Strich sein, auf dem Damme, auch auf dem Strich geben, was indessen eine üble Nebenbedeutung hat: „Ich bin dem geilen Sünden-Strich wie eine Hündin nachgerannt“ (Gryphius). — Weitere Redensarten, die sich an den „Strich“ knüpfen, möge der freundliche Leser selbst hinzufügen.

Deutscher Sprachverein

Der christliche Arbeiter kommt

Von Hanns Hoeschen

„Es hieße die Religion maßlos mißbrauchen, wollte man die Kirche in eine Parteistellung ziehen oder ihre Unterstützung zur Überwindung der Gegner in Anspruch nehmen.“ (Rundschreiben „Sapientiae christianae“ des Papstes Leo XIII. vom 10. Januar 1890.)

Das Ringen der Wahlwochen liegt hinter uns. Die Geschäftigkeit der Parteien ist abgeebbt. Man bekommt Abstand zu den Dingen, kann die Schlußfolgerungen ziehen und Zukunftserwägungen anstellen. Gewiß kümmert das Anschwellen der Links- und Rechtsbolschewisten, mehr aber kümmert das „Zünglein an der Waage“, das Zentrum, und der hinter ihm stehende politische Katholizismus.

So hatte ich die diesjährige Generalversammlung der deutschen Katholiken in Münster mitgemacht. Selbst der Gegner dieses Katholizismus empfängt von einer solchen Massentagung Eindrücke, die zu denken geben. Zehntausende Menschen aller Altersgrade, aller Berufe und Klassen in dichten Kolonnen, gepackt von einer Idee und einem Kult, der sich trotz aller inneren Auseinandersetzungen durch die Jahrhunderte von Geschlecht zu Geschlecht vererbt, der die Massen blindlings ihren Führern folgen läßt. Ein Machtfaktor, der nicht unterschätzt werden darf.

Trotz allem aber zeigen sich Verfallserscheinungen am klerikalen und politischen Katholizismus. Sehr aufschlußreich ist folgende Statistik: Von allen abgegebenen Stimmen erhielt das Zentrum (nach der Revolution Zentrum und Bayerische Volkspartei zusammen): 1871: 18,6 vH, 1874: 27,9 vH, 1884: 22,6 vH, 1898: 18,8 vH, 1919: 19,6 vH, 1924: 17,4 vH, 1928: 15,1 vH, 1930: 14,08 vH.

Bemerkenswert sind vor allem die Hundertsätze von 1874, wo die Hauptaktion des Kulturkampfes einsetzte, und von 1919, dessen Wahlaufschwung durch das Frauenwahlrecht gezeitigt wurde. Besonders lehrreich aber ist es, wenn man mit obigen Zahlen die Hundertsätze der katholischen Bevölkerung vergleicht. So betrug er 1928 34,3 vH, während die katholischen Parteien insgesamt nur 15,1 vH der Wahlstimmen ausmachten, mit andern Worten, nur 44 vH der Katholiken haben katholisch gewählt. Bei den letzten Wahlen trat — trotz des scheinbaren „Wahlerfolges“ des Zentrums! — noch eine Verschlechterung ein: während der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung 33,06 vH ausmachte, ergibt die Hundertzahl der katholisch abgegebenen Stimmen nur 14,08 vH der Gesamtwahlstimmen, das heißt bloß 42,59 vH der Katholiken haben katholisch gewählt! Das aber heißt, daß die katholischen Parteien trotz allem bei der letzten Wahl ihr Anteilverhältnis am Wahlergebnis von 15,10 auf 14,08, mithin um 1,02 vH verschlechterten, und daß ihr Anteilverhältnis an der katholischen Bevölkerung von 44,01 auf 42,59, mithin um 1,02 vom Hundert fiel.

Bei allem diesem ist noch zu berücksichtigen, daß die Hauptmasse der katholisch abgegebenen Stimmen von den Frauen stammt, die ja auch am leichtesten mystischen Einflüssen zugänglich sind und in verstärktem Maße zu den gläubigen Hinnehmern der priesterlichen Parteiparolen zählen. So gaben bei der Septemberwahl u. a. in Frankfurt a. M. die Männer und Frauen getrennt die Stimmzettel ab. Diese getrennten Wahlergebnisse gewähren gute Rückschlüsse auf das Verhältnis der für die einzelnen Parteien von den Männern und Frauen abgegebenen Stimmen. Setzen wir die abgegebenen Männerstimmen gleich 100, so erhielten an Frauenstimmen das Zentrum 165, Christlich-Sozialer Volksdienst 192, Christlich-Soziale Volksgemeinschaft 200 — die Sozialdemokratische Partei aber nur 100 Stimmen. Hieraus geht nicht nur klar hervor, daß am leichtesten die Frauen auf die „christlichen“ Parteiparolen hereinfallen, daß also diese „christlichen“ Parteien hauptsächlich nur noch von den Frauen gehalten werden, sondern ergibt sich auch die unleugbare Tatsache, daß Millionen katholischer Proletarier sozialistisch gewählt haben.

Das katholische Proletariat verläßt langsam aber stetig die Stange des politischen Katholizismus, weil von diesem seine politischen und wirtschaftlichen Belange nicht vertreten werden, weil sogar noch auf Katholikentagen, die eine suggestive Geste nach außen hin sein sollen, Worte fallen wie: „... Eine gefährliche Irrlehre schlummert in der modernen Überschätzung der Arbeit. Es ist nicht wahr, daß die Arbeit für sich allein Werte und Güter schafft... Wer aus unfruchtbarer Doktrinismus heraus, anstatt alles daran zu setzen, in der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung tunlichst vielen die Möglichkeit eines glücklicheren Lebens zu schaffen, einem Zukunftsideal zuliebe Haß gegen die Gegenwart aussät, ist kein Freund der Menschheit, sondern ihr Feind.“

Da haben wir es: Seht zu, wie ihr in der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, im Katholizismus, die Menschen glücklich macht! Das sind nichts anderes als die alten „Parolen“: Der Kapitalismus ist gut, nur seine „Auswüchse“ laßt uns beschneiden! Die Männer des kapitalistischen Kurses sind die wahren Freunde der Menschheit — die aber, die den Kapitalismus stürzen wollen, sind die Feinde der Menschheit.

Zu diesen Feinden aber müßte auch Papst Leo XIII. gehören, der die „Ordnung“ folgendermaßen kritisierte: in ihr seien es

„wenige Reiche und Großkapitalisten, die der ungeheuren Menge des Proletariats ein nahezu sklavisches Joch auferlegen... die Produktion und Handel nahezu gänzlich in ihre Gewalt gebracht haben und deren Unmenschlichkeit und zügellosen Habgier... die Arbeiter preisgegeben wurden... Für die Beschaffung dieser Güter ist die Arbeit der Proletarier am meisten wirksam und notwendig... Ja, auf diesem Gebiete ist ihre Macht und Wirksamkeit so groß, daß jenes die lauterste Wahrheit ist, daß nirgends anderswoher als aus der Arbeit der Arbeiter der Reichtum der Staaten entsteht.“

Warum klingen die Katholikentagsreden so ganz anders als die Ausführungen eines Papstes? Weil „alles aufgeteilt“ ist? Weil den einen die Arbeit, den anderen die Dividende? Nein, weil die genaue Befolgung der päpstlichen Worten den schärfsten Kampf gegen das niedrige Einkommen bedeuten würde, Kampf gegen die kapitalistischen Herren der Welt. Würde aber der Klerus solche Konsequenzen ziehen, dann wäre es mit ihm vorbei — denn der Kapitalismus kann auch ihn nur so lange gebrauchen, als er ihm mit seiner Würde vor den Augen des „einfachen Volkes“ den Schein der Heiligkeit und Unantastbarkeit verleiht!

Der katholische Arbeiter findet — das hat die Septemberwahl erneut bewiesen — zwangsläufig den Weg zu den Kampfscharen des Sozialismus; denn ihm, der an seinem eigenen Leibe und an dem in seiner Familie immer größer werdenden Mangel an dem zum Leben Notwendigen verspürt, wie sehr die Zusammenballung des Kapitals in Händen weniger nicht auf gerechtem Einkommen, sondern auf Aneignung von Mehrwert, also vorenthaltenem Lohn basiert, diesem ist es keine Frage, daß die Enteignung der Enteignern nicht nur nicht im Widerspruch zu den „Zehn Geboten“ steht, sondern daß sie gar zu einer Forderung kraft dieser „Zehn Gebote“ werden müßte. Er handelt hierbei auch nicht im Widerspruch zu seinem religiösen Gewissen, das ihm

talistischen Herren der Welt. Würde aber der Klerus solche Konsequenzen ziehen, dann wäre es mit ihm vorbei — denn der Kapitalismus kann auch ihn nur so lange gebrauchen, als er ihm mit seiner Würde vor den Augen des „einfachen Volkes“ den Schein der Heiligkeit und Unantastbarkeit verleiht!

Der große Irrtum des Reichsarbeitsministers

„der früher einmal Gewerkschafter war“

Die Unternehmerpresse überschlägt sich vor Entzücken über das Sanierungsprogramm der Reichsregierung, vor allem aber über die Stellung des Reichsarbeitsministers Stegerwald, der „früher einmal Gewerkschafter war“, wie ein Christlich-Nationaler sehr treffend schreibt. Eine bessere Unterstützung als durch diesen Zentrumsminister konnte sich das deutsche Unternehmertum kaum wünschen. Ein „Gewerkschafter“ gegen die Gewerkschaften! Man kann Stegerwalds Auffassung nicht besser widerlegen, als durch die Kritik aus den eigenen Reihen. Am treffendsten geschieht das durch den wirtschaftspolitischen Mitarbeiter des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Edmund Kleinschmitt. Er sagt in einem Aufsatz „Der große Irrtum der Reichsregierung“, daß der unheilvolle Vergleich von Großhandelsindexziffern Stegerwald zu der Behauptung verleitet, „das deutsche Preisniveau steht gegenwärtig mit an der Spitze von allen Ländern“. Kleinschmitt erwidert darauf:

„Wie wunderbar, daß dieses angeblich teuerste Land der Welt zur Zeit der größte Exporteur von Fertigwaren geworden ist. Wie merkwürdig, daß die Ausfuhr dieses Landes im ersten Halbjahr 1929 nur um rund 12 vH zurückging, während die amerikanische Ausfuhr um 20,5 vH fiel und die englische um 15 vH zurückgegangen ist? In dieser historischen Stunde, in der ein deutscher Reichsminister Deutschland das teuerste Land der Welt nennt, haben wir seit sieben Monaten zum erstenmal in der Geschichte des Welthandels den englischen Export übertroffen. Das könnte nicht geschehen nach dem Rezept: Hohe Inlandspreise, billige Auslandspreise, denn ein solcher Dumping-Export ist nur hinter gewaltigem Zollschutz und geschlossenem Kartellschutz möglich... Die außerordentlich starke Position unserer Ausfuhr gegenüber fast allen Ländern in dieser Wirtschaftskrise ist daher ein Beweis dafür, daß wir eine allgemeine Preis- und Lohnherabsetzung im Interesse des internationalen Konkurrenzkampfes am wenigsten nötig haben.“

Kleinschmitt nennt die Äußerungen des christlichen Arbeitsministers, daß das deutsche Volk drei Jahre lang in einem Irrgarten herumgewandelt sei, „ganz sonderbar“. Kleinschmitt sagt weiter, daß die Lohnpolitik der letzten Jahre nicht falsch gewesen, sondern erwiesen ist, „daß die Lohn- und Preisentwicklung in Deutschland in den letzten Jahren der deutschen Wirtschaft jene Energie und Schwungkraft verliehen habe, die dazu führte, daß unsere Ausfuhr im Jahre 1929 fast 14 Milliarden M betrug gegenüber nur 6,5 Milliarden im Jahre 1924.“

Wir haben auch nicht über unsere Verhältnisse gelebt, schreibt der deutschnationale Kollege des derzeitigen Reichsarbeitsministers, und er weist mit den Veröffentlichungen des Konjunktur-Instituts nach, daß von 1924 bis 1929 die Erzeugung jener Güter in Deutschland, aus denen die Produktionsmittel

hergestellt werden, schneller gewachsen ist, als die Produktion der Waren, die dem Verbraucher dienen. Eine empfindliche Backpfeife versetzt Kleinschmitt Herrn Dr. h. c. Stegerwald gegen seiner Behauptung, daß nach Abzug der doppelt aufgeführten Posten die deutsche Wirtschaft an Lohn- und Gehaltsanteilen sowie für Abgaben an die öffentliche Hand rund 65 Milliarden aufzubringen habe, und daß diese gewaltigen Beträge die gewerbliche und industrielle Wirtschaft bedrücken. Kleinschmitt sagt, daß dieses Gerede „an manche Zauberkunststücke aus der Arbeitgeberküche erinnert“. Schließlich schreibt er:

„Wir fragen Stegerwald, wieviel an Einkommen für die übrigen 10 Millionen Erwerbstätige, die Arbeitgeber, Direktoren, Landwirte, Gewerbetreibende und die freien Berufe, die außer den Angestellten, Arbeitern und Beamten in Deutschland vorhanden sind, übrig bleibt, wenn allein schon angeblich 65 Milliarden M von den Arbeitnehmern und der öffentlichen Hand aufgezehrt werden? Wenn Stegerwalds Behauptungen richtig wären, so hätten jene Optimisten recht, die ausgerechnet haben, daß das Volkseinkommen im Jahre 1929 in Deutschland 90 Milliarden betragen hat. Eine Wirtschaft, die zu solchen Einkommenssteigerungen fähig war, muß gelobt werden. Sie muß und kann auch fertig werden mit der Aufgabe, vorübergehend drei Millionen Arbeitslose durchzuhalten. Selbst bei drei Millionen Arbeitslosen gibt die Wirtschaft noch 5 bis 6 Millionen mehr Menschen in Deutschland Arbeitsplatz und Verdienst als unmittelbar vor der Krise. Die Folgen einer internationalen Wirtschaftskrise können nicht durch innenwirtschaftliche Zahlungsverchiebungen beseitigt werden, zumal die stärksten Störungen von den stoßweisen Kapitalwanderungen herrühren und in fehlender Unternehmungslust bei sinkenden Preisen ihren tiefsten Grund haben.“

Der Verfasser dieses Aufsatzes weist dem christlich-nationalen Arbeitsminister nach, daß durch die Verluste der Wirtschaftskrise die Lebenshaltung der Arbeitnehmer nicht um 5 bis 10 vH, sondern um 10 bis 20 vH bereits herabgesunken ist, und er nennt es „die größte Ungerechtfertigkeit, diesem Einkommensabbau noch einen amtlich empfohlenen weiteren Lohnabbau hinzuzufügen.“

Eine schärfere und vernichtendere Kritik, als sie hier aus dem christlichen Lager gegen den „früheren Gewerkschafter“ Stegerwald ausgesprochen wird, kann auch von unserer Seite nicht ausgesprochen werden. An diesen tatsächlichen Feststellungen können die christlichen Gewerkschaften nicht mit einem Achselzucken vorübergehen. Es ist sehr bitter, daß ein christlicher Gewerkschafter sich als Arbeitsminister dazu hergibt, die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten mit den Vorwänden der Unternehmer herabzudrücken. Lynkus.

Aus Sowjetrußland

Stand des Fünfjahresplanes

Das zweite Jahr des Fünfjahresplanes ist nunmehr beendet, Rußland steht an der Schwelle des dritten Jahres seines groß angelegten Programms. Um ein Urteil über die Erfolge der Industrialisierung während der letzten elf Monate zu vermeiden, bringen wir hier einen „Rückblick“ des amtlichen Gewerkschaftsblattes Trud vom 28. September 1930. Es schreibt:

„Trotz unbedingter Erfolge der letzten elf Monate auf dem Gebiete der industriellen Produktion (der Produktionswert in der Schwerindustrie ist im Vergleich mit dem vom vorigen Jahre um 38,5 vH, der der ganzen Industrie um 25,1 vH gestiegen), ist in den wichtigsten Industriezweigen ein erster Rückstand zu vermerken, der die Durchführung des Produktionsprogramms stark gefährden kann. Während der letzten elf Monate sind 86 vH des Gesamtprogramms durchgeführt worden. Wenn man die Zahlen des Fünfjahresplans zur Grundlage seiner Betrachtungen nimmt, so kommt man zu folgendem Ergebnis: Steinkohle 92 vH, Stahl 92 vH und Eisen 93 vH. Die Ergebnisse dieser Industriezweige sind von großer Wichtigkeit, sie bilden die Grundlage der Programmdurchführung für die anderen Industriezweige. Schlechtere Ergebnisse sind mengenmäßig erzielt worden. Die Selbstkosten sind in zehn Monaten des Wirtschaftsjahres nur um 6,3 vH statt um 11 vH, wie es im Plan vorgesehen ist, gesunken.“

Zweifellos haben die Arbeiter während der letzten elf Monate tapfer mit den Schwierigkeiten bei der Durchführung des Industrialisierungsplans gekämpft, aber die elf Monate haben auch gezeigt, daß die wirtschaftlichen und beruflichen Organisationen nicht ausreichend für ihre Aufgaben vorbereitet waren; sie waren nicht in der Lage, die Tatkraft der Arbeitermassen zur Bekämpfung der Schwierigkeiten und Hindernisse bei der Durchführung des Programms zu wecken.“

Durch die große Lebensmittelnot in den wichtigsten Industriegebieten sind die Arbeiter gezwungen, von einem Arbeitsort zum anderen zu wandern. Was für wirtschaftliche und moralische Mißerfolge diese Abwanderungen bringen können, darüber ist sich die Regierung völlig im klaren. Gibt doch das Amtsblatt der Regierung, die Prawda, vom 18. und 20. September selbst zu, daß die Abwanderungen der Bergarbeiter aus dem Donzessbassin die Durchführung des Fünfjahresplans in Frage stellen kann. Die Prawda schreibt hierüber: „Es herrsche

im Donzessbassin ein völliger Mangel an Gemüse und Kartoffeln. Es fehlt an Zucker, Mehl, Graupen, Tee, Butter, Tomaten und anderen wichtigen Lebensmitteln... In bestimmte Gebiete Sibiriens werden Lebensmittel überhaupt nicht eingeführt.“

Aber nicht nur allein im Donzessbassin ist eine Abwanderung der Arbeitskräfte zu verzeichnen. Laut einer Mitteilung der Prawda vom 21. September 1930 ist „die Abwanderung der Arbeiter aus der Leningrader Industrie während der letzten neun Monate im Monatsdurchschnitt um das Doppelte gestiegen. In acht Monaten betrug die Abwanderung aus der Leningrader Industrie 43,8 vH; 46,9 vH in der Schwerindustrie und 39,5 vH in den anderen Gewerben. Das bedeutet, daß im Laufe von acht Monaten von zwei Arbeitern (im Durchschnitt) ein Arbeiter seine Arbeitsstelle verlassen hat.“

Die Regierung, die die verheerenden Folgen eines solchen Zustandes deutlich zu spüren bekommt, ist jetzt dabei, tatkräftig Abhilfe zu schaffen; sie will das System des freien Arbeitsvertrages abschaffen und an diese Stelle den Arbeitszwang einführen. Der Trud schreibt hierzu am 13. September: „Damit der Industrialisierungsplan nicht untergraben und die rechtzeitige Inangriffnahme der Neubauarbeiten gesichert wird, ist es notwendig, daß Arbeitskräfte und Fachleute aus dem einen Bezirk in anderen, aus dem einen Wirtschaftszweig in den anderen geworfen werden. In dieser Richtung müssen eben die Befugnisse der leitenden Stellen erweitert werden, denen die volle Verantwortung für die rechtzeitige Versorgung unserer Industrie mit Arbeitskräften aufzuerlegen ist... Andererseits muß ein entschiedener Kampf gegen böswillige Flüchtlinge geführt werden. Gegenüber Leuten, die die Wirtschaftspläne durchbrechen und ihre Arbeit eigenwillig im Stich lassen, müssen Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, zum Beispiel Verweigerung der Registrierung als Arbeitssuchende bei den Arbeitsnachweisen, Ausschluß von der bevorzugten Versorgung als Arbeiter, Verweigerung der Ansprüche auf Sozialversicherungsleistungen usw. Besonders böswillige Flüchtlinge müssen gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden.“

Die Regierung hofft, daß es durch dieses Vorgehen gelingen werde, den Ertrag der Industrialisierung in den nächsten Jahren in hohem Maße zu steigern.

Mehr Frauen zur Fabrikarbeit

Wie die Ekonomitscheskaja Shien (vom 4. 9. 30) meldet, fand in Moskau im Staatlichen Planausschuß eine Konferenz statt, auf der die Frage der stärkeren Heranziehung der Frauen zur Fabrikarbeit besprochen wurde. Der Berichterstatter Sabowitsch wies darauf hin, daß in den Städten der Sowjetunion mehrere Millionen Frauen leben, die nicht in der Industrie tätig seien. Die Heranziehung dieser Frauen sei die wichtigste Aufgabe des Tages. Die Stadtbevölkerung der Sowjetunion wachse sehr schnell. Für das kommende Wirtschaftsjahr 1930/31 sei das Anwachsen der städtischen Bevölkerung auf 5,5 vH veranschlagt worden. Diese Tatsache erfordere ungeheure Geldanlagen auf dem Gebiet des Wohnungsbaues, die so groß seien, daß sie sogar eine Einschränkung der grundlegenden Instandsetzungsarbeiten und Neubauten in der Industrie zur Folge haben könnten. Dies müsse unbedingt vermieden werden, und zwar durch immer stärkere Heranziehung der noch verfügbaren Arbeitskräfte. Hausfrauen, weibliche Minderjährige usw. müßten zur Fabrikarbeit herangezogen werden.

Zunächst sollen 300 000 Frauen als Arbeiterinnen eingestellt werden. Diese Heranziehung der Frauen mache jedoch ihre Befreiung von der Hausarbeit und der Kinderpflege notwendig. Nach Berechnungen des Berichterstatters müßten 130 Millionen Rubel für Volksspeisungen und Kinderheime neu bewilligt werden, um die erforderliche Zahl von Frauen für die Arbeit in den Fabriken freizumachen.

Arbeitslosenversicherung in Italien

Italien gehört zu den Ländern, die von der Wirtschaftskrise am schärfsten in Mitleidenschaft gezogen wurden. Dementsprechend steigt dort die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte 600 000 betragen. Die amtliche Statistik berichtete kürzlich nur von 332 990 Arbeitslosen. In dieser Statistik fehlen jedoch die Landarbeiter, die von der Unterstützung ausgenommen sind, außerdem die Arbeitslosen, die länger als seit 90 Tagen erwerbslos sind oder vor Beginn der Erwerbslosigkeit nicht ununterbrochen 48 Beiträge abliefern und die deshalb ausgesteuert wurden. Bei dem Elend der Arbeitslosen, die entweder nur kärgliche Unterstützungen oder

überhaupt nichts erhalten, hat Mussolini die Stirn gegen das System der Arbeitslosenunterstützung losgehoben, da diese Unterstützungen, die für ihn sozialistische Maßnahmen seien, allein die „Faulheit“ begünstigen. Wenn die Arbeitslosen unterstützt werden, so fragen diese, bevor sie eine Stellung annehmen, ob dann der Lohn höher sein würde als die Unterstützung. Mussolini verwirft also die Arbeitslosenunterstützung, da diese den Lohndruck auf dem Arbeitsmarkt abzuschwächen vermag. Dem Prinzip der Arbeitslosenunterstützung stellt Mussolini das der staatlichen Arbeitsbeschaffung gegenüber. Die Arbeitslosen wünschen ja gar nichts anderes als Arbeitsbeschaffung. Diese steht zum System der Arbeitslosenunterstützung nicht im geringsten in Widerspruch, da die Unterstützung nur jene Erwerbslose erfaßt, für die und solange keine Arbeit beschafft werden konnte. Beide Maßnahmen müssen daher einander ergänzen.

Für die Wichtigkeit Mussolinis ist bezeichnend, daß selbst das erweiterte Arbeitsbeschaffungsprogramm, das neben den staatlichen auch die gemeindlichen und anderen öffentlichen Arbeiten erfaßt, laut amtlichen Schätzungen 36 861 Arbeitern, das heißt nur einem Bruchteil der Erwerbslosen, Beschäftigung verspricht. Es sollen Wasserwerke, Eisenbahnen, öffentliche Gebäude usw. errichtet werden, mit einem Aufwand von zunächst 191,4 Millionen Lire (etwa 43 Millionen RM.), die gesamten Aufwendungen des Staats, der Gemeinden, der Eisenbahn usw. werden mit etwa 200 Millionen RM. veranschlagt.

SCHRIFTENSCHAU

„Gesellschaft und Wirtschaft“. Kalender 1931. Gesellschafts- und Wirtschaftskunde. 54 Bildtafeln in Zwei- und Dreifarben-Druck (Größe 18 x 24 cm). Preis 2,50 RM. Bearbeitet von H. C. B. Sommer und Adolf Wilhelm Bauche. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Der vorliegende zweite Jahrgang des „Gesellschaft und Wirtschaft“-Kalenders ist als Ergänzung und Fortführung des Werkes gedacht; demgemäß entsprechen Aufbau und Gliederung des Inhalts dem ersten Kalender. Wiederum bilden allgemeingeschichtliche Themen die Einführung. Dann folgen: Weltwirtschaft, Politik, deutsche Wirtschaft, soziale, bevölkerungspolitische und Organisationsfragen. Für 20 Pf. liefert der Verlag eine gute Sammelmappe, in der die einzelnen Wochentafeln aufbewahrt und

immer wieder benutzt werden können. Bis zum 31. Oktober kann der Kalender — wenn auf Subskriptionsliste bestellt — zum Vorzugspreise von 2 RM bezogen werden. Von allen Volksbuchhandlungen, den Ortsausschüssen des ADGB, des ADB und AFA-Bundes sowie den Verwaltungsstellen fast aller Gewerkschaften oder vom Verlag können ausführliche Bilderprospekte unentgeltlich bezogen werden.

Geschichte der Zurichter, Kürschner und Mützenmacher Deutschlands. Herausgegeben vom Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband, Berlin W 30, Neue Winterfeldstraße 14. Die Geschichte ist bearbeitet von Heinrich Lange (Leipzig) und Albert Regge (Berlin).

Das Kürschnerhandwerk ist eines der ältesten im Berufe, und es liegt deshalb umfangreiches, interessantes und historisches Material aus dem demselben vor. Ausgehend von einer Schilderung über die ersten Anfänge der modernen Gewerkschaftsbewegung, schildert der Verfasser die Organisationsgestaltung für die Kürschner und Zurichter, welche Wandlungen diese durchgemacht und welche inneren Kämpfe und Auseinandersetzungen damit verbunden waren.

Ferner enthält das Werk eine Anzahl Bilder, die beruflichen oder organisatorischen Charakter haben, und auch solche von bekannten Führern der Kürschnerbewegung. Das 312 Seiten umfassende Buch ist auch technisch gut gelungen und kostet für Mitglieder 5 RM. im Buchhandel 10 RM.

Elektro-Schule: Lehrbuch mit Prüfungsfragen und Aufgaben für Elektrikerklassen und Selbstunterricht zur Vorbereitung auf die Meister- und Gehilfenprüfungen sowie zum praktischen Gebrauch für Elektroinstallateure und Techniker. Von Jul. Alex. Kandyba, Unterrichtingenieur für Elektrotechnik. 167 Seiten, 185 Abbildungen. In Ganzleinen gebunden 9 RM. Verlag von J. A. Kandyba, Berlin SW 48, Friedrichstraße 21 (Telefon: Dönhoff 9604).

Das Lehrbuch zeichnet sich durch eine kurze, leicht faßliche Darstellung und Veranschaulichung für neuzeitliche Ausbildung und Fortbildung aus. Die zwölfjährige, praktische Unterrichtserfahrung des Verfassers bürgen für ein mustergültiges und führendes Lehrbuch, das eine merkbare Lücke ausfüllt und für Selbstunterricht geeignet ist.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148

Lästiger Schweißgeruch

Der sich besonders in den Schweißhöhlen beim Tanz und Sport für die Umgebung unangenehm bemerkbar macht, verschwindet sofort durch **Leoform-Creme**. Diese Anti-Schweißcreme verflüchtigt, ohne die Wärme zu verändern und ohne den normalen Schweiß zu unterdrücken, übermäßiges Transpirieren und verbreitet einen herrlichen Rosenduft. Tube 1 RM. — Zu haben in allen Apotheken, Drogerien bzw. Chlorodont-Verkaufsstellen.

Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfd. graue, gut geschlossene 40 Pl. 1 Mk., halbweiße 1,20 Mk., 1,40 Mk., weiße Baumige, geschlossene 1,70, 2, —, 2,50, 3 Mk., feinste geschlossene Halbbaum-Herrschafftsfedern 4, 5, 6 Mk.; Pfd. Rappfedern, ungeschlossene mit Flaum gemengt, halbweiß 1,75 Mk., weiß 2,40 Mk.; 3 Mk., allerfeinster Flaumrapp 3,50 Mk., 4,50 Mk. — Versand zollfrei, gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour Muster und Preisliste gratis. S. BENISCH in PRAG XII, Amerika ulice Nr. 269, Böhmen.

EISU Betten

(Stahl u. Holz) Polster, Stahlrohr, Kleider, Chaisel, auf jedem Teil tragbar. Katalog gratis. Adressen: Berlin, W 30, 17b

Les die Betriebsräte-Zeitschrift

Gelbe Raucherzähne. Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und unschön wirken. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. B. Hofst. Berg. — Chlorodont: Zahnpaste 60 Pf. und 1 RM. Zahnpulver, Mundwasser 1 RM. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.



Eines ist immer wichtig!

5000 Mark Belohnung

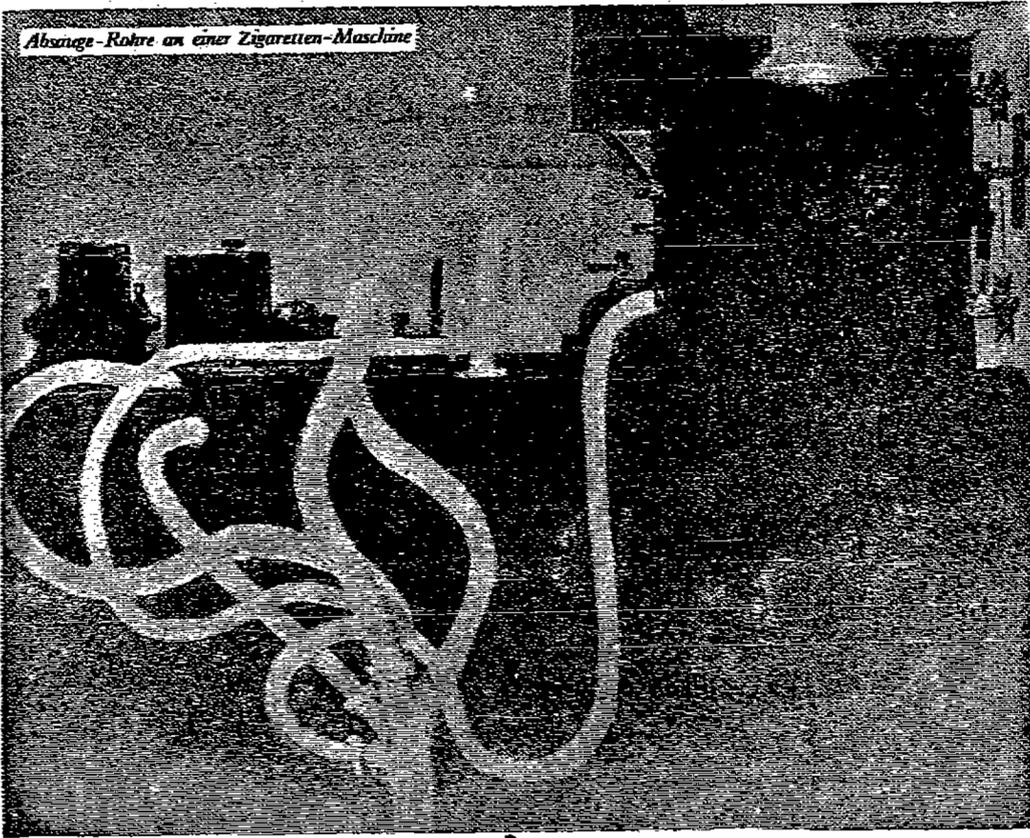
Näheres kostenlos durch F. Erdmann & Co., Berlin SW 11.

Elektromeister durch Fernunterricht

Prospekt gratis. — Privatlehrgänge Dipl.-Ing. LESSER, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstraße 4

BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA

ist die richtige, denn BIOX-ULTRA ist die Zahnpasta der Zahnärzte, sie macht die Zähne blendend weiß und besorgt Mundgeruch.



STAUBFREIE ZIGARETTEN!

Während im täglichen Leben der Kampf gegen den Staub noch immer nicht entschieden ist, haben wir die Mittel gefunden, um unsern Zigaretten den bitteren Tabakstaub fernzuhalten. — Von dem Augenblick an, wo in unsern Fabriken der Luftstrom die Blätter aus der Pressung des Tabakhalles löst, gelangt der Tabak in ein ganzes System von Absaugvorrichtungen. Ist er gemischt und vom Messer der Schneidmaschine zerkleinert worden, so lassen wir das Schneidgut von einem Gebläse vier Sackwerke hochheben und fangen dabei den Staub in Filterkammern auf. Wenn der Tabak jetzt auch staubfrei ist, so können bei seiner weiteren Verarbeitung doch wieder neue Staubteilchen entstehen. Wir haben darum auch in der Zigarettenmaschine noch einmal stark verzweigte Saugrohre eingebaut, so daß schließlich nichts anderes in die Zigarette gelangen kann wie der gesäuberte und völlig entstaubte Tabak. — Das ist der Grund, weshalb die Zigaretten von Hans Neuburg so rein schmecken und auch so bekömmlich sind.



OVERSTOLZ 5 PF. staubfrei schmeckt niemals bitter!

Die Maschine unter Aufsicht des Ingenieurs Hans Neuburg in der Fabrik der HANNS NEUBURG Zigaretten-Maschinen-Fabrik in Berlin, so werden Sie keine Spur von Staub bemerken.

Alle Metallarbeiter die sich auf technischem Gebiete weiter fortbilden wollen, lesen die „ENERGIE“

Billige böhmische Bettfedern — Nur reine gutschließende Sorten — Ein kg graue geschlossene Mk. 3, — halbweiße Mk. 4, — weiße Mk. 5, — bessere Mk. 6, — 7, —, daunenweiße Mk. 8, — 10, —, beste Sorte Mk. 12, — 14, —, weiße ungeschlossene Mk. 7,50 Mk. 9,50, beste Sorte Mk. 11, —. Versand zollfrei, gegen Nachnahme gestattet. Bestenfalls Sachsel, Löhns 34, bei Pilsen, Böhmen

Ich gratuliere zur bestandenen Prüfung!

Jeder kann sich selbst mit Volksschulbildung, auf das Abiturienten-Examen der Oberrealschule, der Deutschen Oberschule, des Realgymnasiums, des Gymnasiums, Reife für Obersekunda (nach 2-jähriger Vorbereitung durch die Selbst- und Fernunterrichtslehre der Methode Rustin. Ebenso kaufmännische, fremdsprachliche, musikwissenschaftliche Ausbildung, sowie Vorbereitung auf technische Prüfungen. — Bequeme Monatszahlungen. Prospekt kostenlos. Lehrproben zur Ansicht. Rastloses Lehrinstitut, Potsdam Ta. 288.

So billig wie nirgends

Illustration of a bicycle, a horse, and a person. Text: **Weihnachtskatalog gratis!** Sigurd-Schulbuchverlag, Kassel 439



Josef Witt, Weiden (Opl.)

Alttestes und größtes Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands mit eigener Spinnerei von 2.500 Spindeln, mit eigener Webererei von 640 Webstühlen

Nr.	Preise per Mtr.	Breite	Mk.	Pf.
85	Gardinen, sog. Vorhangstoff, aus prima reinen Gazen, mit indischen-goldfarb. Streifen	70 cm	0,24	
86	Weißes Hemdentuch, leichte Sorte mit schneittkante	70 cm	0,25	
87	Weißes Hemdentuch, in gute, halb. Wäschestücke	80 cm	0,45	
88	Weißes Hemdentuch, mittelstarkfädig, dicht geschlossene vorzügliche Qualität für besonders solide gute Wäschestücke	80 cm	0,65	
89	Weißes Maccotuch, sehr feinfädig, dicht geschlossene, aus garantiert rein ägyptischer Baumwolle, für beste, teure bessere Hemden u. Wäschestücke	80 cm	0,72	
90	Baumwolltuch, ungebleicht, sehr strapazierbar, fast unverwundlich im Gebrauch	78 cm	0,49	
91	Hemdenflanell, indianerfarbig, gestreift, gute, besonders robuste Sorte	72 cm	0,38	
92	Hemdenflanell, außerordentlich haltbare, fast unzerreißbare, kräftige Qualität, fast unverwundlich im Gebrauch	78 cm	0,64	
93	Handtücher, dicht geschlossene, kräftige Strapazierqualität	10 cm	0,45	
94	Hemdenepphir, auch für Blusen geeignet, gute Sorte, schöne Muster	70 cm	0,48	
95	Wischtücher, gute Sorte, strapazierbar, 45 mal 30 cm, p. 1/2 Dutzend		0,98	
96	Damentaschentücher, weiß, gute solide Sorte, mit Hohlbaum, 30 mal 30 cm, p. 1/2 Dutzend		0,88	

Gelegenheitskauf!

97 Weißes Hemdentuch, rein weiß, garantiert reine, ausgekochte Baumwolle ohne jeden Appreturzusatz, dicht geschlossen, dab. ganz vorzügliche, besonders gute Qualität 80 cm

Bis auf weiteres erhalten Sie auf diese Preise noch 10% Rabatt. An Stelle des Rabattes auf Wunsch kostenlos eine schöne, gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 7 Meter haltbare zurückgesetzte Stoffe.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10, — an. Postfreie Lieferung von Mk. 20, — an.

Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückbezahlung des vollen ausgelegten Betrages, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entspricht sollte. Zurückbezahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle einwandfreie Überzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten bedeutend billiger als anderwärts sind.

Josef Witt, Weiden 84 Opl.